



**HoF Wittenberg** -  
Institut für Hochschulforschung  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg e.V.

---

1 '04

---

# ARBEITS BERICHTE

Christine Teichmann

Nachfrageorientierte  
Hochschulfinanzierung  
in Russland

Ein innovatives Modell zur  
Modernisierung der Hochschulbildung



*Teichmann, Christine: Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung in Russland – ein innovatives Modell zur Modernisierung der Hochschulbildung (HoF-Arbeitsberichte 1'04). Hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 2004, 40 S., ISSN 1436-3550.*

Der Präsident der Russischen Föderation, Vladimir Putin, hat kurze Zeit nach seinem Amtsantritt die Reformierung des Bildungswesens zur „Chefsache“ erklärt. Zu diesem Zweck hat die Regierung Ende 2001 eine „Konzeption für die Modernisierung des Russischen Bildungswesens für den Zeitraum bis zum Jahr 2010“ verabschiedet, die mit Beginn des Jahres 2002 eine umfassende Reform in allen Bildungsbereichen einleitete. Kernpunkt der Konzeption ist eine Neuordnung der Finanzierungsmechanismen im Bildungswesen auf der Grundlage eines liberal-marktwirtschaftlichen Regelungskonzepts. Die Hochschulfinanzierung soll sukzessive von einer angebotsorientierten Mittelzuweisung durch den Staat auf eine nachfrageorientierte Finanzierung umgestellt werden., wozu zwei neue Instrumente entwickelt wurden: die einheitliche staatliche Prüfung (als Kombination aus Abitur- und Hochschulaufnahmeprüfung), die gekoppelt ist an eine staatliche personengebundene Finanzierungsbeihilfe (vergleichbar mit einem Bildungsgutschein).

Der nachfolgende Bericht beschreibt das neue Finanzierungsmodell und bewertet erste Ergebnisse der Implementierung aus einer zweijährigen Testphase hinsichtlich der bildungspolitischen Ziele – Chancengleichheit (bzw. „equity“) und Effizienzsteuerung bei der Mittelverwendung.

Shortly after his accession the President of the Russian Federation, Vladimir Putin, declared that educational reforms should be given top priority. To realize this the government worked out a “Conception for the modernisation of the Russian education system in the period until 2010”. Based on this conception an extensive reform process in all sectors of education started in the first months of 2002. The essential point of the conception is the reorganisation of the higher education funding system based on the rules of liberal market economy.

Public funding is to be gradually transformed from supply to demand orientation. In order to achieve this Russia has developed two instruments: unified state examinations (a combination of school leaving and university admission examinations) combined with personal subsidies for students (comparable to an educational voucher system).

The following report describes the new model of higher education funding and assesses first results of the implementation during the two years of testing. The analysis is focused on political goals – equity (or fairness) and reduction of inefficiencies.

Президент России Владимир Путин, уже на первой стадии пребывания на этой должности, взял «под личный контроль» реформу российского образования. В конце 2001 года правительство России приняло «Концепцию модернизации российского образования на период до 2010 года», в соответствии с которой уже в начале 2002 года начались широкомасштабные реформы во всех сферах образования.

Центральной идеей этой концепции является новый порядок в механизме финансирования образования на основе либерально-рыночного регулирования. В соответствии с этим, в высшей школе начался шаг за шагом переход от финансирования вузов, на основе ориентации на шкалу предложений, к финансированию в зависимости от спроса (на список специальностей).

С этой целью были разработаны два новых инструментарий: Единый государственный экзамен (ЕГЭ) как комбинация аттестата зрелости и итогов вступительных экзаменов и взаимосвязанные с ним Государственные именные финансовые обязательства (ГИФО) (сравнимы с образовательным ваучером).

В данной работе проанализирована новая модель финансирования и дана оценка первых результатов её внедрения, исходя из двухлетней фазы опробирования с точки зрения двух целей политики образования: равенства возможностей и управления эффективностей употребления финансовых средств.

# Inhalt

<b>1. Europäisierung und Modernisierung der russischen Hochschulen aus der Perspektive der Hochschulfinanzierung .....</b>	<b>5</b>
<b>2. Die Finanzierung der Transformationsressource „Bildung“ in den postkommunistischen Reformstaaten .....</b>	<b>7</b>
<b>3. Chronische Unterfinanzierung und ineffizienter Mitteleinsatz – die Hochschulfinanzierung in der Russischen Föderation in den 1990er Jahren.....</b>	<b>9</b>
3.1 Chronische Unterfinanzierung der Hochschulen .....	10
3.2 Kommerzialisierung im Hochschulsektor: Gebührenpflichtige Studiengänge an staatlichen Hochschulen.....	10
3.3 Steigende Studierendenzahlen bei regressiver staatlicher Finanzierung .....	12
3.4 Ineffizienz bei der Verwendung staatlicher Mittel .....	13
<b>4. Von der zentralstaatlichen Bildungsvorsorge zu einem „Mehrkanalsystem“ der Hochschulfinanzierung .....</b>	<b>16</b>
<b>5. Die Modernisierungskonzeption der Regierung Putin für das russische Bildungswesen .....</b>	<b>19</b>
<b>6. Von der angebotsorientierten zur nachfrageorientierten Hochschulfinanzierung mittels EGE und GIFO .....</b>	<b>22</b>
<b>7. Das Experiment: Wie funktioniert die Hochschulfinanzierung mittels EGE und GIFO in der Praxis?.....</b>	<b>26</b>
<b>8. Die Hochschulen als Gegner des neuen Finanzierungsmodells: Hintergründe und Argumente .....</b>	<b>29</b>
<b>9. Chancengleichheit im Hochschulzugang und effizienzorientierte Steuerung des Mitteleinsatzes durch EGE und GIFO – eine erste kritische Bilanz des neuen Finanzierungsmodells .....</b>	<b>31</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>37</b>

# 1. Europäisierung und Modernisierung der russischen Hochschulen aus der Perspektive der Hochschulfinanzierung

Russland gehört seit der Entscheidung der Bildungsminister von 33 europäischen Staaten in Berlin vom September 2003 zu den Signatarstaaten der Bologna-Erklärung und ist somit – im Sinne von Pflichten und Rechten – gleichberechtigt an der Errichtung und künftigen Nutzung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes beteiligt. Dass die Aufnahme Russlands in den Kreis der Bologna-Staaten nicht ganz unproblematisch war, manifestierte sich im Vorfeld der Entscheidung im internen Diskurs von Gegnern und Befürwortern dieses Schritts im Land selbst, aber auch in den Bedenken, die seitens der bereits in den Prozess involvierten europäischen Staaten vorgebracht wurden. Noch im Frühjahr dieses Jahres befand eine internationale Expertenkommission (finanziell unterstützt von der EU), dass das Niveau der Bildungssysteme einer Reihe von Antragstellern – zu denen auch die Russische Föderation gehörte – nicht ausreichend entwickelt sei, um sie in den Bologna-Prozess zu integrieren.<sup>1</sup> Wie dem auch sei, die Entscheidung ist in Berlin zugunsten der Antragsteller gefällt worden, so dass nunmehr 40 europäische Staaten das Vorhaben eines europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010 gemeinsam in Angriff nehmen werden – ungeachtet aller derzeitigen Niveauunterschiede in der Entwicklung der nationalen Hochschulsysteme.

Parallel zu den mit der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung übernommenen Verpflichtungen wird derzeit in der Russischen Föderation an der Umsetzung einer föderalen Modernisierungskonzeption für das gesamte Bildungswesen bis zum Jahr 2010 gearbeitet. Es dürfte kein Zufall sein, dass die Modernisierungskonzeption für das russische Bildungssystem ebenso wie die Errichtung des europäischen Hochschulraums gemäß der Bologna-Erklärung bis zum Jahr 2010 terminiert ist. Beide Prozesse sind eng miteinander verbunden. Die Modernisierung des gesamten Bildungswesens (einschließlich der Hochschulbildung) ist eine wesentliche Bedingung dafür, dass das Land seinen Platz im europäischen Hochschulraum finden kann. Die Veränderungen im Hochschulbereich im Rahmen der Modernisierungskonzeption sind vor allem auf eine qualitative Entwicklung ausgerichtet, die in der Russischen Föderation (im Weiteren: RF) die Voraussetzungen für den Übergang von der postindustriellen Gesellschaft zur Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts schaffen soll. Im Mittelpunkt steht dabei die Finanzierung der nationalen Hochschulen bzw. der Hochschulbildung. Angesichts knapper Kassen des Staates und permanent wachsender Studierendenzahlen sollen zum einen die Zuweisungsmechanismen für staatliche Gelder an die Hochschulen verändert werden und zum anderen die finanzielle Beteiligung der Studierenden an den Kosten eines Studiums schrittweise eingeführt bzw. erhöht werden. Ziel ist es,

---

<sup>1</sup> Dazu gehörten neben der Russischen Föderation Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Jugoslawien.

- über eine Optimierung der Input-Output-Relation die Effizienz der Mittelverwendung im Hochschulbereich zu erhöhen,
- Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung herzustellen und
- somit die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Hochschulsystems zu steigern.

In dem nachfolgenden Bericht wird das neue Finanzierungsmodell, das die russischen Hochschulen für den europäischen Hochschulraum fit machen soll, vorgestellt. Gleichzeitig werden Vor- und Nachteile des Modells diskutiert und erste Ergebnisse aus der Test- und Implementierungsphase einer kritischen Sichtung auf dem Hintergrund der Spezifik des russischen Hochschulsystems unterzogen.

Im übrigen: So weit Russland auch geographisch von Deutschland entfernt sein mag, so nah liegen doch bestimmte Probleme und Lösungsansätze für die Hochschulentwicklung beieinander. Ende Juni 1998 hatte der Initiativkreis Bildung der Bertelsmann Stiftung zu einem Expertengespräch zum Thema „Qualität in die Hochschulen – Wettbewerb durch neue Hochschulfinanzierung“ (!) eingeladen. Die Experten sprachen dort die Empfehlung aus, die staatliche Finanzierung zu ergänzen durch Studienbeiträge der Studierenden und die verstärkte Nutzung nichtstaatlicher Finanzierungsmöglichkeiten. (InvestiF und GefoS 1998: 4)

## 2. Die Finanzierung der Transformationsressource „Bildung“ in den postkommunistischen Reformstaaten

Im Gegensatz zur RF haben die meisten postkommunistischen Transformationsstaaten Ost- und Mitteleuropas in den ersten Jahren der Umgestaltung ihrer Gesellschaften trotz wirtschaftlicher Krisen den Investitionen in die Bildung Priorität eingeräumt. Dies manifestierte sich in den (im Vergleich zur Zeit vor 1989/90) wieder langsam, so doch stetig steigenden Aufwendungen für Bildungszwecke aus den Staatshaushalten<sup>2</sup>. So erhöhte sich der Anteil vom BIP, der für den Bildungssektor bestimmt war, zwischen 1990 und 1994

- in der Tschechischen Republik um 1,8%,
- in Ungarn um 1,1% und
- in der Slowakei um 0,5%.

*Tabelle 1: Anteil der Ausgaben am BIP für Bildung (in %) in ausgewählten Transformationsstaaten Ost- und Mitteleuropas in der ersten Hälfte der 90er Jahre<sup>3</sup>*

Jahr	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Bulgarien	5,0	6,0	5,2	6,5	6,4	5,7
Ungarn	5,1	5,5	5,9	6,2	6,3	6,8
Polen	3,6	4,9	4,5	4,7	4,7	4,7
Slowakei	5,1	5,4	5,8	6,2	5,5	
Tschechien	4,9	6,0	5,7	6,9	6,9	5,5
Russland				3,9	3,5	

Quelle: Čto proischodit 2002: 3; Hare 1997: 163 (für Russland)

Die Finanzierung der staatlichen Hochschulen und Universitäten ist ein Schlüsselproblem der in diesen Ländern eingeleiteten Hochschulreformen. Dahrendorf (2000: 13) stellte rückblickend auf den Zustand der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa zu Beginn der Transformation fest, dass „for the most part, a *costly but frozen structure* was all there was in East-Central European higher education in 1989“. (Hervorh. C.T.) Verglichen mit der zu Zeiten der kommunistischen Herrschaft großzügigen finanziellen Ausstattung der Hochschuleinrichtungen, hat sich der absolute Umfang der aus dem Haushalt bereitgestellten Mittel drastisch verringert. Innerhalb kurzer Zeit erteilten die Regierungen dem alten, streng zentralisierten Finanzierungssystem eine Absage. Das durch die „Entstaatlichung des Bildungswesens“, d.h., den partiellen Rückzug des Staates aus der finanziellen und administrativen Verantwortung entstandene Vakuum, der einer Aufgabe des ehe-

<sup>2</sup> In der Tendenz spiegelt sich diese Entwicklung auch in der Veröffentlichung der Weltbank „Hidden Challenges to Education Systems in Transition Economies“ von Berryman (2000: 39) wider.

<sup>3</sup> Die OECD-Staaten wenden durchschnittlich 5,9% ihres BIP für die Bildung auf (Galagan 1999: 201; Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2001

mals staatlichen Bildungsmonopols gleichkam, konnte aber nicht so rasch beseitigt werden, da geeignete Maßnahmen zur (Wieder)Herstellung der Autonomie der Hochschuleinrichtungen erst geraume Zeit später eingeleitet wurden. Die finanziellen Autonomiespielräume der Hochschulen sind heute in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich: So können zum Beispiel in manchen Ländern die Hochschulen über Eigentum in Form von Immobilien, die ihnen der Staat zur Verfügung gestellt hat, selbst verfügen; in anderen Ländern wiederum bleiben Gebäude u.ä. in den Händen des Staates. Ebenso verhält es sich mit den von den Hochschulen selbsterwirtschafteten Geldern, die in einigen Staaten vollständig den Einrichtungen überlassen werden, in anderen wiederum mit relativ hohen Steuern zu Gunsten des Staates belastet werden. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den einzelnen Ländern hinsichtlich der Möglichkeiten von Hochschuleinrichtungen, „unternehmerisch“ tätig zu werden (Scott 2000: 372-377). Eine solche Tätigkeit üben Hochschulen in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern aus, um Mittel aus nichtstaatlichen Quellen zu akquirieren und damit ihre zumeist kargen Haushalte aufzustocken. Dazu gehören Gelder aus speziellen Fonds, von internationalen Organisationen, die für die Reformierung und Modernisierung des Bildungswesens bestimmt sind und insbesondere Gelder, die für gebührenpflichtige Studienangebote an staatlichen Hochschulen gezahlt werden. Der Fortschritt bei den Hochschulreformen in den ost- und mitteleuropäischen Ländern hing und hängt maßgeblich davon ab, wie es den Einrichtungen gelingt, sich zunehmend auf eine Ko-Finanzierung aus den „non-governmental sources“ einzustellen und diesen Anteil zu erhöhen.

Die Russische Föderation gehört zu den Ländern, die sich unmittelbar nach Beginn der gesellschaftlichen Transformation dafür entschieden haben, aus ihren Hochschulen wirtschaftlich selbstständige Einrichtungen zu machen, was später in entsprechenden Gesetzestexten verankert wurde, vor allem im Gesetz „Über die höhere und postgraduale berufliche Ausbildung“ vom 22. August 1996<sup>4</sup> und seinen Änderungen aus den Jahren 2000, 2001, 2002 und 2003. Entsprechend des zugrunde gelegten liberal-marktwirtschaftlichen Konzepts erwartete man von ihnen, dass sie sukzessive den Anteil von Mitteln aus der „unternehmerischen Tätigkeit“ erhöhen werden, um so den Staatshaushalt zu entlasten bzw. die an den Hochschulen entstandenen Defizite wegen reduzierter Zahlungen aus dem Staatshaushalt auszugleichen.

Die Orientierung in den meisten postkommunistischen Reformstaaten auf eine anteilige Finanzierung der Hochschulen aus nichtstaatlichen Quellen, für die die vom Staat gewährte Hochschulautonomie eine wichtige Voraussetzung war, ist nicht nur mit dem Rückgang in der staatlichen Alimentierung zu begründen, sondern auch mit den seit Beginn der Transformation in allen Ländern deutlich gestiegenen Studierendenzahlen (Galagan 1999: 197f.). In dieser Hinsicht muss allerdings – ähnlich wie bei den eingangs angeführten Ausgaben des BIP für Bildungszwecke – erwähnt werden, dass es in Russland im Vergleich zu den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern zwischen 1990 und 1994 zunächst zu einem Rückgang der Studierendenzahlen kam. Diese regressive Entwicklung begann bereits Mitte der 1980er Jahre und setzte sich Anfang der 1990er Jahre fort: So entfielen im Jahr 1990 noch 190 Studierende auf 10.000 Einwohner, im Jahr 1992 waren es noch 178 und im Jahr darauf sogar nur noch 171; erst seit 1994 kam es wieder zu einem allmählichen Anstieg der Studierendenzahlen (Kouptsov/Tatur 2001: 108).

---

<sup>4</sup> siehe hierzu insbesondere den Artikel 3: „Die Autonomie der Hochschulen und ihre akademischen Freiheiten“, Sbornik 2000: 74



### 3. Chronische Unterfinanzierung und ineffizienter Mitteleinsatz – die Hochschulfinanzierung in der Russischen Föderation in den 1990er Jahren

Im Artikel 40 (Pkt. 2) des Gesetzes der Russischen Föderation „Über die Bildung“ aus dem Jahre 1996 heißt es, dass der Staat die Garantie dafür übernimmt, jährlich nicht weniger als 10% des Nationaleinkommens zur Finanzierung des Bildungswesens bereitzustellen (Sbornik 2000: 54). Dieser Anteil des Nationaleinkommens entspricht in etwa 7% des BIP. Das Land orientiert sich mit dieser Größenordnung an den Ausgaben für Bildung aus dem Staatshaushalt westlicher Industriestaaten, die dafür jährlich etwa zwischen 6 und 7% des BIP aufwenden. Diese Vorgaben aus dem Gesetz der RF wurden aber in der letzten Dekade in keinem Jahr eingehalten, im Gegenteil – die Bildungsausgaben blieben de facto weit hinter den Bildungsausgaben de jure zurück.

*Tabelle 2: Ausgaben aus dem Staatshaushalt für Bildung und Hochschulbildung in der UdSSR bzw. RF zwischen 1980 und 1999*

Jahr	1980	1985	1990	1995	1997	1998	1999
Ausgaben aus dem Staatshaushalt insgesamt (Mrd. Rubel)	76,10	101,10	136,30	284778,00	529765	499,90	575,10
davon für Bildung (Mrd. Rubel)	11,60	13,60	22,20	10981,00	18471	17,25	20,87
Anteil der Ausgaben insgesamt vom BIP (%)	1,82	1,65	2,22	0,70	0,68	0,61	0,52
Ausgaben aus dem Staatshaushalt für Bildung (%)	15,24	13,40	16,29	3,86	3,49	3,45	3,63
davon für Hochschulbildung (Mrd. Rubel)	1,50	1,60	2,40	6351,00	10568,60	10,03	13,02
Ausgaben aus dem Staatshaushalt für Hochschulbildung (%)	1,97	1,58	1,76	2,23	1,99	2,00	2,26

Quelle: Savel'jev 2001: 33

Noch in der Sowjetunion der 1980er Jahren lag der Prozentsatz vom BIP für Bildungsausgaben bei 6,2 bis 6,5%. Dies bedeutet, dass es in den 1990er Jahren zu einem Rückgang um ca. 1,5% kam. Zur Zeit werden aus dem Staatshaushalt der RF ca. 3,8% der Mittel für Bildungszwecke generell bereitgestellt. Anders gesagt: Die Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen erhalten schon seit annähernd zehn Jahren kaum mehr als 15 bis 40% dessen, was sie tatsächlich benötigen würden. Russische Bildungsexperten schätzen ein, dass das gesamte russische Bildungssystem mindestens das Doppelte von dem benötigt, was es derzeit an staatlichen Geldern erhält, um den neuen und größeren Anforderungen gerecht zu werden, die sich aus den veränderten internen (gesellschaftlichen) und externen Bedingungen (der Globalisierung) ergeben. Der Staat hat zwar verbal (im Bildungsgesetz verankert) an der Verpflichtung festgehalten, kostenfreie Bildung für seine BürgerInnen bereitzustellen, er hat aber in all den Jahren (seit 1990) versäumt, die Umsetzung der eingegangenen Verpflichtung mit entsprechenden finanziellen Mitteln sicher zu stellen. LehrerInnen sollen an Schulen und Hochschulen ihre SchülerInnen bzw. Studierenden wie zu Zeiten

der Sowjetunion auf Staatskosten unterrichten, obwohl die dazu bereitgestellten Mittel um das fünf- bis zehnfache gekürzt wurden. Um das nationale Bildungswesen aus der Krise herauszuführen, muss nach Auffassung von russischen Bildungsexperten eine Finanzierung gewährleistet werden, die sich am durchschnittlichen Niveau der Bildungsausgaben der OECD-Staaten orientiert.

### **3.1 Chronische Unterfinanzierung der Hochschulen**

Die Ursachen für die eingangs geschilderte Entwicklung sind in erster Linie in der Wirtschafts- und Finanzkrise des Staates im Kontext der Reformierung der Gesellschaft zu suchen. Dadurch geriet das Bildungswesen bereits Anfang der 1990er Jahre in einen permanenten Krisenzustand, der sich in einer chronischen Unterfinanzierung der Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen manifestierte. Auch die Hochschulen blieben davon nicht verschont. Zwar schrieb das Gesetz „Über die höhere und postgraduale berufliche Ausbildung“ vom 22. August 1996 vor, dass den Hochschulen mindestens 3% der Bildungsausgaben aus dem Föderationshaushalt zukommen müsse (vgl. Artikel 2, Pkt. 3.1, Sbornik 2000: 73), aber in der Realität wurde diese Größenordnung nie erreicht. Wurden in den 1980er Jahren noch 2.500 US-Dollar vom (sowjetischen) Staat für jede/n Studierende/n bereitgestellt, so waren es im Jahr 2002 nur noch 550 (Savel'jev 2001: 35). Derzeit werden für die Ausbildung eines/r Studierenden an den russischen staatlichen Hochschulen ca. 1.000 – 1.500 US-Dollar pro Studienjahr benötigt; d.h., den Hochschulen fehlt etwa ein Drittel der notwendigen Finanzmittel, die aus dem Staatshaushalt bereitzustellen wären. Die Folge dieser Entwicklung war, dass in den 1990er Jahren lange Zeit lediglich die (kargen) Gehälter des Lehrpersonals an den Hochschulen aus den Zuwendungen des Staates bezahlt werden konnten und auch dies nicht immer fristgerecht. Alle anderen Zahlungen, wie z.B. für kommunale Dienstleistungen, mussten ausgesetzt werden und häuften sich als Schuldenberge an. Neuanschaffungen zur Komplettierung von Bibliotheksbeständen oder zur Modernisierung von Laborausrüstungen waren in dieser Zeit überhaupt nicht möglich. Eine Entspannung der Situation trat erst zu Beginn des neuen Jahrhunderts ein. Seit dem Amtsantritt der Regierung Putin kommt der russische Staat wieder regelmäßig seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Hochschulen nach und hat sogar seine Zuwendungen (leicht) erhöht.

### **3.2 Kommerzialisierung im Hochschulsektor: Gebührenpflichtige Studiengänge an staatlichen Hochschulen**

Angesichts der äußerst knappen Finanzmittel, die z. T. die Existenz der Hochschuleinrichtungen gefährdeten, sahen sich diese – wie alle nationalen Bildungseinrichtungen auch – gezwungen,

Gelder durch anderweitige, teilweise hochschulfremde Angebote und Leistungen wie die Vermietung von Flächen, die ihnen vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellt wurden, zu erwirtschaften<sup>5</sup>. Die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre einsetzende „Kommerzialisierung“ von Bildungsangeboten im Hochschulbereich in Form von gebührenpflichtigen Studiengängen an staatlichen Einrichtungen (d.h., dass prinzipiell zusätzlich im Direktstudium in allen Studiengängen neben den kostenfreien Studienplätzen auch kostenpflichtige angeboten werden können) bildete eine wichtige Voraussetzung, um die defizitären Haushalte der Hochschulen aufzustocken. Die sogenannte „Ausbildung auf Vertragsbasis“<sup>6</sup> wurde den staatlichen Hochschulen de jure (siehe Artikel 29 „Die kostenpflichtige Tätigkeit einer Hochschuleinrichtung“<sup>7</sup> des Gesetzes der RF „Über die höhere und postgraduale berufliche Bildung“ 1996) zugebilligt, wenngleich in den ersten Jahren noch Beschränkungen für das Kontingent der Studierenden, die für die Kosten ihres Studiums an einer staatlichen Einrichtung selbst aufzukommen hatten, vom Staat festgelegt wurden (z.B. maximal 25 % der Erstsemester). Da diese Vorgaben von vielen Hochschulen aufgrund ihrer finanziellen Misere immer wieder unterlaufen wurden, hat der Staat seine Vorschriften in den letzten Jahren gelockert, so dass die Hochschulen – unter Einhaltung der relativ strengen Akkreditierungsregeln<sup>8</sup> – inzwischen selbst über den Anteil der zu „zahlenden“ Studierenden entscheiden können. BewerberInnen um einen kostenpflichtigen Studienplatz an einer staatlichen Hochschule sind meist AbiturientInnen, die die obligatorische Aufnahmeprüfung an einer Hochschule nicht bestanden haben und dann von der Einrichtung direkt das Angebot erhalten, das Studium auf eigene Kosten zu absolvieren. Da die Studiengebühren<sup>9</sup> an den staatlichen Hochschulen in vielen Studienrichtungen unter denen liegen, die an privaten Einrichtungen gezahlt werden müssen, und da das Ansehen vor allem der großen staatlichen Hochschulen nach wie vor in der russischen Gesellschaft gegenüber privaten Hochschulen höher ist, haben die staatlichen Einrichtungen kaum Probleme, ihre gebührenpflichtigen Studienangebote zu „vermarkten“, d.h., es gibt bislang genügend Interessierte an derartigen Angeboten, die sogar oft von Studienjahr zu Studienjahr aufgrund der wachsenden Nachfrage noch erweitert werden. Hinzu kommt, dass die Hoch-

---

<sup>5</sup> Der Staat hat den staatlichen Hochschulen ihre bisherigen (bis 1990/91) Gebäude, Räume etc. kostenlos zur Nutzung überlassen, d.h., sie bezahlen keine Miete. Viele Hochschulen sind seit sowjetischen Zeiten recht „üppig“ mit Gebäuden bzw. Räumen ausgestattet gewesen. Es gab sogar hochschuleigene Kindergärten, Ferienheime, Sportstätten u.ä. Diese Gebäude/Räume vermieten sie je nach Bedarf an fremde Nutzer und beziehen daraus Mieteinnahmen. Die Hochschulen vermieten auch ihre Labors, Computerkabinette, Vorlesungsräume etc. an andere Einrichtungen bzw. Nutzer, wenn diese beispielsweise in den Abendstunden oder generell von ihnen selbst nicht genutzt werden.

<sup>6</sup> Die staatlichen Hochschulen schließen mit den „Selbstzahlern“, den sogenannten „kontraktniki“, einen Vertrag ab, in dem festgelegt wird, für welche Leistungen der Hochschule der Studierende im gebührenpflichtigen Studiengang Zahlungen zu leisten hat.

<sup>7</sup> Dort heißt es unter Punkt 1: „Eine Hochschuleinrichtung kann entsprechend ihren Statuten eine kostenpflichtige Tätigkeit im Bildungsbereich oder anderen Bereichen ausüben, wenn dies nicht zum Schaden ihrer Haupttätigkeit erfolgt.“ (Übers. C.T.), Sbornik 2000: 12.

<sup>8</sup> Die Akkreditierung als staatlich anerkannte Hochschule, die der Qualitätssicherung in der Hochschulausbildung dient, schreibt den Einrichtungen u.a. vor, wie sie mit Personal und Räumlichkeiten in bezug auf die Studierendenzahlen ausgestattet sein müssen.

<sup>9</sup> Die Studiengebühren an den staatlichen Hochschulen, die seit 1994 erhoben werden dürfen, fallen sehr unterschiedlich je nach Hochschule und Fachrichtung aus – 2.000 Dollar pro Studienjahr sind dabei keine Seltenheit.

schulen mit ihren gebührenpflichtigen Studiengängen zum einen dem allgemeinen Trend in der Nachfrage folgen und vor allem Angebote in den bekannten „Modenfächern“ wie Jura, Betriebswirtschaft, Informationstechnologie u.ä. unterbreiten oder aber in den Fächern, die gerade von privaten Einrichtungen aus Kostengründen und fehlender Forschungskapazität in der Lehre kaum oder gar nicht angeboten werden wie in den Natur- und einigen Technikwissenschaften.

*Tabelle 3: Entwicklung der Ausgaben für staatlich finanzierte und gebührenpflichtige Studiengänge an öffentlichen und privaten Hochschulen in der Russischen Föderation (zwischen 1995 und 2000)*

Studierende auf Staatskosten (in Tsd.)		Studierende in (vollständig) gebührenpflichtigen Studiengängen (in Tsd.)		Ausgaben für Hochschulbildung aus dem Föderationshaushalt (in Mio. Rubel)		Ausgaben für gebührenpflichtige Studiengänge von Privatpersonen (in Mio. Rubel)		durchschnittliche Kosten für die Ausbildung eines Studierenden in gebührenpflichtigen Studiengängen pro Jahr (in US-Dollar)		Summe insgesamt, die von Privatpersonen für gebührenpflichtige Ausbildungen gezahlt wurde (in Mio. US-Dollar)	
1995	2000	1995	2000	1995	2000	1995	2000	1995	2000	1995	2000
2.413,4	2.802,0	2.28,7	1.468,8	5.335	24.405	1.372,2	24.676,4	1.000	600	228,7	881,3

Quelle: Lukašenko 2003: 43

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat innerhalb von nur fünf Jahren im gesamten Hochschulbereich der RF eine verstärkte Kommerzialisierung eingesetzt, denn die Zahl der Studierenden, die sowohl an staatlichen als auch an privaten Hochschulen die Kosten ihres Studiums selbst tragen, hat stark zugenommen, und damit hat sich insgesamt auch der Anteil der Aufwendungen für kostenpflichtige Studiengänge deutlich erhöht. Im Jahr 1995 studierten noch 91,3% aller Studenten auf Staatskosten, fünf Jahre später waren es nur noch 65,6%, wohingegen 1995 umgekehrt lediglich 8,7% der StudentInnen auf eigene Kosten studierten, im Jahr 2000 waren es aber bereits 34,4%. Im Jahr 1995 erhielten die staatlichen Hochschulen 79,5% ihrer Gelder aus dem Staatshaushalt, und lediglich 20,5% flossen aus nichtstaatlichen Quellen. Im Jahr 2000 finanzierten sich die staatlichen Hochschulen nur noch zur Hälfte aus dem Staatshaushalt (49,7%) und zur anderen Hälfte (50,3%) bereits aus anderweitigen nichtstaatlichen Quellen (Lukašenko 2003: 43f.) Neuesten Angaben zufolge haben von den 5,4 Millionen Studierenden in der Russischen Föderation lediglich 2,8 Millionen (50,9% aller Studierenden) einen staatlich finanzierten Studienplatz, die anderen 2,6 Millionen zahlen demzufolge selbst für ihr Studium (vgl. Zdorov'e studenta i vuza 2003).

### 3.3 Steigende Studierendenzahlen bei regressiver staatlicher Finanzierung

Die finanzielle Situation an den russischen Hochschulen verschärfte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nicht nur durch die regressive Entwicklung in der staatlichen Alimentierung, sondern auch durch einen gleichzeitig einsetzenden starken Zuwachs bei den Studierendenzahlen.

Tabelle 4: Entwicklung der Studierendenzahlen an sowjetischen bzw. russischen Hochschulen zwischen 1985 und 2000

Jahr	Studierende (in Tsd.)	Studierende pro 10.000 Einwohner	Studierende auf Staatskosten (in Tsd.)	Studierende auf Staatskosten pro 10.000 Einwohner
1985	2.966	206		
1990	2.824	191		
1995	2.642	178	2.414	163
1996	2.802	189	2.476	167
1997	3.046	207	2.572	174
1998	3.347	228	2.581	175
1999	3.728	254	2.663	183
2000	4.271	295	2.755	192

Quelle: *Obrazovanie v Rossijskoj Federacii 1999*: 43 und *Vysšee i srednee professional'noe obrazovanie v Rossijskoj Federacii. Statističeskij spravočnik 2001*: 22 (für 1999 und 2000)

Im Studienjahr 2000/2001 gab es bereits insgesamt 4,3 Mio. Studierende in der RF. Neuere Zahlen besagen, dass derzeit 360 Studierende (an privaten und staatlichen Hochschulen) auf 10.000 Einwohner kommen (vgl. Gordost' nazii: Rossija terjaet obrazovanie 01.09.03) Ende des Jahres 2002 wurden 196 Studienplätze pro 10.000 Einwohner vom Staat finanziert, obwohl das Bildungsgesetz nur 170 vorschreibt. Laut Angaben aus dem Bildungsministerium wird die Zahl der staatlich finanzierten Studienplätze auch in den kommenden Jahren weiter steigen: Für 2003 werden bereits 2,7% mehr staatlich finanzierte Studienplätze angeboten, 2004 sollen es bereits 5,6% mehr sein und im Jahr 2005 soll die Steigerungsrate 7,7% betragen (vgl. Učit'sja v vuzach smogut tol'ko bogači? 15.04.03). Von daher stellt sich unmittelbar die Frage, wie dieses Angebot an Studienplätzen aus dem Staatshaushalt der RF künftig finanziert wird, wenn keine wesentlichen Zuwachsraten im Haushalt für die kommenden Jahre zu erwarten sind.

### 3.4 Ineffizienz bei der Verwendung staatlicher Mittel

BildungswissenschaftlerInnen und -politikerInnen konstatierten zum Ende der 1990er Jahre im russischen Hochschulbereich nicht nur eine Unterfinanzierung (gemessen am tatsächlichen Bedarf), sondern auch einen ineffizienten Einsatz der staatlichen Mittel an den Hochschulen.<sup>10</sup> Staatliche Gelder werden bisher pauschal zur Finanzierung von Gehältern, für die Ausstattung der Hochschulen, den Gebäudeerhalt etc., aber nicht in Abhängigkeit von der Zahl der Studierenden an die Hochschulen vergeben, ohne dass damit konkrete Auflagen verbunden sind – wie etwa zu Zeiten der Sowjetunion, da nach entsprechenden staatlichen Vorgaben eine bestimmte Zahl von hochqualifizierten Fachkräften für die Volkswirtschaft an den nationalen Hochschulen auszubil-

<sup>10</sup> „Effizienz“ wird hier verwendet im Sinne von „Aufwandoptimierung“, d.h., eine Handlung gilt als effizient, wenn sie mit *geringstmöglichem* Einsatz (an Kraft, Mitteln etc.) zu dem gewünschten Ziel führt (bzw. als ineffizient, wenn auf diese Weise das Ziel nicht erreicht wird).

den war. Die Weltbank sieht im ineffizienten Einsatz von Mitteln im Bildungsbereich (in allen postkommunistischen Transformationsstaaten) eine der Folgen der ehemals zentralstaatlichen Bildungsvorsorge (Henze 2003: 73).

Indizien für einen ineffizienten Ressourceneinsatz in der RF sehen russische Bildungs- und Finanzexperten vor allem darin, dass derzeit ein großer Teil der HochschulabsolventInnen (50% in der Pädagogik und in der Medizin) nach Abschluss des Studiums keine berufliche Tätigkeit entsprechend ihrer Ausbildung aufnehmen, obwohl sie im Land dringend benötigt werden. Aufgrund desolater wirtschaftlicher Verhältnisse in den ländlichen und entfernteren Regionen ziehen sie es vor, eine artfremde, aber besser bezahlte Tätigkeit in einem der wirtschaftlichen Zentren des Landes aufzunehmen oder gar ins Ausland abzuwandern. Hinzu kommt, dass mehr als 60% der AbsolventInnen von technischen Hochschulen keine Anstellung in ihrem Fachgebiet finden und sich ebenfalls anderweitig nach einer fachfremden Tätigkeit umsehen müssen. Auf diese Weise gehen schätzungsweise 40% der staatlichen Ressourcen in der Berufsausbildung verloren; oder anders gesagt, von 4 Mrd. Dollar, die für die Hochschulausbildung vom Staat aufgewendet werden, werden 1,5 Mrd. einfach „abgeschrieben“ (vgl. Obščestvo obrazovanie: Chvatit finansirovat' steny 02.12.02). Eine derartige Ressourcenverschwendung bleibt jedoch in der Regel folgenlos – sowohl für die Hochschulen (die z. B. am Bedarf des Arbeitsmarktes vorbei ausbilden) als auch für die AbsolventInnen. Um die Effizienz der Mittelverwendung zu erhöhen, wird in diesem Zusammenhang derzeit im Bildungsministerium u.a. an einer Verordnung gearbeitet, die in Anlehnung an das ehemalige sowjetische System der „Absolventenlenkung“ (sistema raspredelenija vypusnikov) solche HochschulabsolventInnen, die zum Studium auf Staatskosten über eine sogenannte „Zielvereinbarung“<sup>11</sup> aufgenommen werden, dazu verpflichten soll, nach dem Studium drei Jahre auf einer ihnen zugewiesenen Arbeitsstelle (in staatlichen Betrieben oder im öffentlichen Dienst) die Kosten des Studiums „abzuarbeiten“ oder andernfalls entsprechende Kompensationszahlungen (vergleichbar den Studiengebühren) an die Staatskasse zu leisten. Das „Effizienzproblem“ ist allein auf diese Weise keinesfalls zu lösen, denn dazu sind weitere einschneidende Veränderungen notwendig, um z.B. bürokratische Hemmnisse bei der Verwendung der Gelder zu beseitigen, Einschränkungen in der Finanzautonomie aufzuheben (so dass z.B. erwirtschaftete Gelder den Hochschulen in freier Entscheidung zu Investitionszwecken zur Verfügung stehen), die hohe Steuerbelastung (bis zu 28%) auf erwirtschaftete Gewinne zu reduzieren oder starre Jahrespläne abzuschaffen. Die tatsächliche Umsetzung solcher dringend notwendiger

---

<sup>11</sup> Derartige „Zielvereinbarungen“ werden dann abgeschlossen, wenn bestimmte Bereiche in der Wirtschaft bzw. im öffentlichen Dienst einen Mangel an qualifiziertem Personal bzw. HochschulabsolventInnen feststellen. Firmen oder Behörden müssen zunächst beim Staat einen Antrag auf Einrichtung staatlich finanzierter Studienplätze stellen und können nach Erteilung der Genehmigung mit StudienbewerberInnen einen Vertrag auf freiwilliger Basis abschließen. Sie sind verpflichtet, den AbsolventInnen nach dem Studium einen entsprechenden Arbeitsplatz zuzuweisen. Studierende (sogenannte „zeleviki“) genießen während des Studiums bestimmte Vorteile wie z.B. ein vergleichsweise höheres Stipendium oder aber eine Bevorzugung bei der Zuweisung von Wohnheimplätzen. Wie aus dem Bildungsministerium kürzlich bekannt wurde, wird zu diesem Zweck eine Ergänzung zum Gesetz „Über die Bildung“ vorbereitet, und die Hochschulen sollen künftig für ihre „zeleviki“ zusätzliche Gelder erhalten. (vgl. Obščestvennoe vyše šastnogo? 06.08.03)

Maßnahmen im Kontext der Reform des Bildungswesens bedarf jedoch noch einiger Zeit, da viele davon derzeit in den einschlägigen Kreisen von Bildung und Politik umstritten sind und heftig diskutiert werden.

Aber nicht nur staatliche Mittel, sondern auch private Gelder werden nach Ansicht der Experten im Hochschulbereich ineffektiv ausgegeben. Dies geschieht vor allem an der Nahtstelle zwischen Schule und Hochschule, wenn es darum geht, eine Hochschulzugangsberechtigung in der obligatorischen Aufnahmeprüfung zu erwerben. Familien zahlen beträchtliche Summen aus der privaten Kasse (nach Schätzungen von Experten der Hochschule für Wirtschaft in Moskau bis zu 9 Mio. Dollar im Jahr) für die Vorbereitung der Kinder auf ein Hochschulstudium mittels spezieller kostenpflichtiger Vorbereitungskurse und Nachhilfestunden bis hin zu Zahlungen („Schmiergeldern“) an Vertreter von Hochschulen und Prüfungskommissionen<sup>12</sup>. Diese Investitionen kommen aber den Hochschulen nicht zugute, da sie in den Taschen von Privatpersonen verschwinden. Mittels der geplanten landesweit einheitlichen staatlichen Schulabschluss- und Hochschulaufnahmeprüfung (Edinyj Gosudarstvennyj Ekzamen/EGE) sollen diese Gelder künftig direkt in die Hochschulen über private Zuzahlungen zur staatlichen personengebundenen Finanzbeihilfe (Gosudarstvennoe Imennoe Finanzovoe Objazatel'stvo/GIFO) zum Studium oder aber über Studiengebühren für kostenpflichtige Studienplätze fließen.

---

<sup>12</sup> Insgesamt sollen im Jahr 2000 in die „Schattenwirtschaft“ im Bildungsbereich 50 Mrd. Rubel geflossen sein, was einem Anteil von ca. 0,75 % des BIP gleichkommt (Čto proischođit 2001: 13).

#### 4. Von der zentralstaatlichen Bildungsvorsorge zu einem „Mehrkanalsystem“ der Hochschulfinanzierung

Die öffentlichen/staatlichen Hochschulen der RF befinden sich entweder in föderaler, regionaler oder kommunaler Trägerschaft, d.h., die Träger sind auch für die Finanzierung der betreffenden Einrichtungen verantwortlich.

Tabelle 5: Staatliche Hochschulen: Trägerschaft und Zahl der Studierenden (1999)

Trägerschaft	Zahl der Hochschulen	Zahl der Studierenden (in Tsd.)
insgesamt	590	3728,1
Föderation	537	3541,1
Subjekte der RF <sup>13</sup>	36	127,6
Kommunen	12	20,0
andere	5	39,4

Quelle: Savel'ev 2001: 95

Die überwiegende Mehrheit der Hochschulen wird von der Föderation getragen. Die Ausbildung an diesen Einrichtungen ist bislang unentgeltlich, sofern es sich nicht um ausgewiesene gebührenpflichtige Studienplätze handelt. Die staatlichen Hochschulen finanzieren sich heute im wesentlichen über vier Quellen, deren spezifische Anteile an der Gesamtfinanzierung sehr unterschiedlich ausfallen.<sup>14</sup> Dazu gehören:

1. Gelder aus dem Staatshaushalt als Hauptquelle;
2. Studiengebühren, die in der Erstausbildung, aber auch in der Weiterbildung und Qualifizierung sowie in postgradualen Ausbildungen erhoben werden (wobei die Einnahmen aus den Gebühren für das Erststudium überwiegen);
3. Gelder aus wissenschaftlichen Forschungsaufträgen (aus der Wirtschaft) sowie aus der Einwerbung von Drittmitteln über spezielle Fonds und Programme;
4. Mittel, die aus Entgelten für hochschulfremde Leistungen stammen (wie z.B. für Vermietung von Räumlichkeiten oder für Bereitstellung von Dienstleistungen).

Die Studiengebühren, die entsprechend ihrer Bedeutung bzw. ihrem Umfang an zweiter Stelle der Einnahmequellen zu nennen sind, stammen entweder direkt von Privatpersonen oder aber zu einem weitaus geringeren Teil aus der Wirtschaft bzw. von Arbeitgebern, die für das Studium einzelner Personen aufkommen.

Der Anteil der Gelder, die aus wissenschaftlichen Forschungsarbeiten stammen, ist im Vergleich zu Sowjetzeiten stark zurückgegangen und konzentriert sich auf einige wenige große leis-

<sup>13</sup> „Subjekte der Föderation“ – wie im Sprachgebrauch der RF die Verwaltungseinheiten bezeichnet werden – sind: 21 Republiken, 6 Bezirke, 49 Gebiete, 2 Städte von föderaler Bedeutung (Moskau und St. Petersburg), 1 autonomes (jüdisches) Gebiet und 10 autonome Bezirke.

<sup>14</sup> Dies betrifft auch den staatlichen Anteil an der Hochschulfinanzierung, der sich aufgrund der widersprüchlichen Quellenangaben und bestehenden Differenzen zwischen den einzelnen Hochschuleinrichtungen nur schwer quantifizieren lässt.



tungsstarke Universitäten. Einnahmen aus solchen Aufträgen sowie aus hochschulfremden Leistungen, aber auch aus Gebühren, die für Weiterbildungs-, Umschulungs- und Qualifizierungsangebote erhoben werden, können entgegen den offiziellen Gesetzen mit relativ hohen Abgaben (Steuern) belastet werden, so dass sich der Anreiz für die Eigenerwirtschaftung von Mitteln auf diesem Weg in Grenzen hält.

Wissenschaftliche Forschungen waren zu Zeiten der Sowjetunion eine maßgebliche Quelle zur Finanzierung der Tätigkeit der Hochschulen, denn entgegen der damals von Staat und Partei offiziell propagierten strikten Trennung von Forschung und Lehre (wobei erstere den Forschungsinstituten der Akademie der Wissenschaften und „Ressortforschungsinstituten“ in der Wirtschaft zugewiesen wurde und allein die Lehre in den Hochschulen angesiedelt werden sollte) haben die Hochschuleinrichtungen damals insbesondere anwendungsbezogene, aber auch in geringerem Umfang Grundlagenforschung betrieben, die von ihnen als unverzichtbarer Garant für eine qualitativ hochwertige Lehre angesehen wurde. (siehe Teichmann 2001: 36ff.) Noch in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erhielten die Hochschulen für wissenschaftliche Forschungsarbeiten sowohl Mittel aus dem Staatshaushalt als auch aus Wirtschaftsverträgen, die ca. 65 bis 70% der staatlichen Gesamtzuwendungen für die Hochschulen ausmachten. Mitte der 1990er Jahre waren es nur noch 20%, wobei der Großteil der Mittelkürzungen auf fehlende Wirtschaftsverträge zurückzuführen war (Balašov/Vinogradov 1996: 4). Heute beklagen führende Vertreter der russischen Hochschulen, dass lediglich 11% der staatlichen Mittel, die für die Wissenschaft bereitgestellt werden, an die Hochschulen gehen, obwohl sie nachweislich wesentliche wissenschaftliche Leistungen erbringen (z.B. 70% der Dissertations- und Habilitationsschriften an Hochschuleinrichtungen). (vgl. Zdorov'e studenta i vuza 2003) Die Forschungsinstitute der Akademie der Wissenschaften sind in der vergangenen Dekade zwar ebenfalls von massiven Mittelkürzungen betroffen. (vgl. Mayntz/Schimank/Weingart 1995), profitieren aber immer noch von ihrer ehemals privilegierten Stellung, da sie im Vergleich zu den Hochschulen über die besseren Forschungskapazitäten und einen hochqualifizierten WissenschaftlerInnenbestand verfügen. Ihnen wird nach wie vor (siehe oben) der weitaus größere Anteil der staatlichen Mittel für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt. Viele Hochschulen (v.a. kleinere Einrichtungen) können sich unter diesen Bedingungen kostenintensive naturwissenschaftliche und technische Forschungskapazitäten gar nicht mehr leisten, konzentrieren sich völlig auf die Lehre und sind somit auch für die potenziellen Auftraggeber aus der Industrie nicht mehr interessant. Aber auch die Industrieunternehmen des Landes sehen sich aus Kostengründen in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation nicht mehr in der Lage, Forschungsaufträge zu vergeben und zu finanzieren. Auf diese Weise ist das Humboldtsche Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre unter dem Dach einer Universität, dem sich seit ihrer Gründung (im 18. Jahrhundert) die russischen Universitäten verpflichtet fühlten, nicht nur zu Zeiten der Sowjetunion, sondern vor allem auch in der letzten Dekade ein Ideal geblieben, das nur in Ansätzen seine Umsetzung fand. Seit geraumer Zeit fordern die Rektoren führender Universitäten des Landes, dass ihren Einrichtungen der Status wissenschaftlicher Organisationen eingeräumt werden müsse, um künftig ein hohes und international konkurrenzfähiges Niveau der universitären Lehre zu sichern. Nur einige wenige renommierte Hochschulen (wie die Lomonossow-Universität in Moskau) mit einer seit Sowjetzeiten ausgewiesenen Forschungskapazität befinden sich in einer vergleichsweise komfortablen Situation, da sie heute über

Forschungsaufträge wieder zusätzlich beträchtliche Summen erwirtschaften können. Die Lomonossow-Universität ist dadurch in der Lage, ihren Lehrkräften überdurchschnittlich hohe Gehälter zu zahlen und so auch den akademischen Nachwuchs an der Einrichtung zu halten. Ihr Budget betrug nach Aussagen des Rektors im Jahr 2001 2 Mrd. Rubel, wovon 1,1 Mrd. von der Universität selbst erwirtschaftet wurden; 420 Mio. Rubel aus dem Haushalt der Universität seien im Jahr zuvor Forschungsaufträge in die Universitätskasse geflossen (vgl. Vysšaja škola. MGU – za vozvrašćenie tradicii 12.05.01).

Das finanzielle Engagement der Arbeitgeber (Firmen etc.) im Hochschulbereich erstreckt sich derzeit – wenn auch in bescheidenen Größenordnungen – sowohl auf die Ausbildung als auch auf die Forschung. Eine größere Beteiligung an der Hochschulausbildung seitens der Arbeitgeber wird vom Staat gewünscht, ist aber derzeit eher noch eine Ausnahmeerscheinung. Firmen finanzieren zwar zunehmend Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ihrer MitarbeiterInnen, die von Hochschulen gegen entsprechende Gebühren angeboten werden, sie beteiligen sich aber kaum an der Erstausbildung von Studierenden. Ein Beispiel, das im Interesse des Staates Schule machen sollte, stellt in dieser Hinsicht das Engagement der größten russischen privaten Erdölfirma „Yukos“<sup>15</sup> dar. „Yukos“ ist einer der Hauptsponsoren der angesehenen Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU), die sich an liberalen Werten und westlichen Wissenschaftsmodellen orientiert.<sup>16</sup> Allein in diesem Jahr flossen bereits 5 Mio. Dollar als Spende der Firma an die Universität. Vor mehr als 3 Jahren hat das Unternehmen damit begonnen, vor allem in den Regionen abseits der Zentren des Landes SchülerInnen der höheren Klassenstufen für spezielle von ihm finanzierte Kurse auszuwählen. Diese SchülerInnen werden dort über den üblichen Lehrstoff der allgemeinbildenden Mittelschule hinaus in vertiefender bzw. zusätzlicher Form unterrichtet, so dass ihre Grundausbildung – auch ohne Nachhilfeunterricht – besser und breiter ist und somit ihre Chancen, bessere Prüfungsergebnisse vor allem für den Hochschulzugang zu erzielen, wesentlich höher sind. Ca. 90% der AbiturientInnen aus diesen Kursen haben dank dieser speziellen Vorbereitung die Hochschuleingangsprüfung bestanden. Inzwischen hat das Unternehmen seine Aktivitäten ausgeweitet und fördert Schüler und Studierende über einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren, beginnend mit den sogenannten „Yukos-Klassen“ in allen Regionen, in denen die Firma selbst aktiv ist. Die Aufnahme in diese Klassen ist unentgeltlich, die SchülerInnen müssen sich lediglich einem Leistungstest unterziehen. Nach Abschluss ihres Hochschulstudiums wiederum erwartet sie ein lukrativer Arbeitsplatz in der Firma, an den sie, den Quellen zufolge, aber nicht zwingend gebunden sind (vgl. Biznes gotovit sebe smenu 23.07.03).

---

<sup>15</sup> Mit der Begründung Yukos ist im Herbst 2003 seines Vorgehens bei der Privatisierung Mitte der 90er Jahre und daraus resultierender Gewinne in das Visier der Politik der Regierung geraten. Im Ergebnis der Untersuchungen der Steuerbehörden wurde daraufhin der Firmenchef, Michail Chodorkovski, mit der Begründung inhaftiert, dass von der Firma Steuern in Milliardenhöhe hinterzogen worden seien. Das finanzielle Engagement von Yukos im Bildungsbereich ist in der russischen Öffentlichkeit seit längerem bekannt und wird sehr geschätzt.

<sup>16</sup> Der zweitgrößte Aktionär von „Yukos“, Leonid Nevslin, war bis vor kurzem Rektor der RGGU, ist aber Mitte November 2003 von seinem Posten im Zusammenhang mit der Verhaftung von Michail Chodorkovski auf Druck des Bildungsministeriums zurückgetreten und hält sich derzeit in Israel auf.

## 5. Die Modernisierungskonzeption der Regierung Putin für das russische Bildungswesen

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre hatte die Dezentralisierungspolitik der russischen Regierung unter Jelzin im Bildungsbereich zu einer Verlagerung der finanziellen Verantwortung auf die unteren Ebenen, die Kommunen und auf die einzelnen Bildungseinrichtungen geführt. „Aber fehlende, unvollständige oder einander widersprechende Regelungen in der Kommunal- und Steuer-gesetzgebung verhinderten, dass die Kommunen die erforderliche Finanzausstattung erhielten, um ihren Verpflichtungen gegenüber den in ihre Trägerschaft übergebenen Schulen nachkommen zu können.“ (Kuebart 2002: 221)

Unter Präsident Putin hat sich inzwischen in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine Politik durchgesetzt, die in die entgegengesetzte Richtung weist: Es wird eine (erneute) Zentralisierung und Machtkonzentration in den Händen der Zentralgewalt angestrebt. Der Präsident hat es in den ersten Jahren seiner Amtszeit geschafft, im Wesentlichen alle gesellschaftlichen Kräfte in seine Politik einzubinden, so dass selbst die Gouverneure im Interesse eines „starken Staates“ einer Einschränkung ihrer Macht zugestimmt haben und nunmehr für alle (Verwaltungs-)Subjekte der Föderation wieder einheitliche Spielregeln gelten (GUS-Barometer Nr. 32/2003: 4f.). Diese Entwicklung ist auch im Bildungsbereich zu beobachten, den Putin explizit u.a. zur politischen Priorität erklärt hat. Die Notwendigkeit einer „Rückkehr des Staates in die Bildung“, die in diesem Kontext für eine spezifische Strategie der Regierung steht, bedeutet nicht nur ein von den Bildungseinrichtungen seit langem gefordertes stärkeres finanzielles Engagement des Staates gegenüber den Schulen, sondern vor allem auch (aus Sicht des Staates) die (Wieder)Einführung geeigneter Kontroll- und Steuerungsmechanismen im Bildungsbereich. Die verstärkte Beteiligung des Staates schließt insbesondere die Kontrolle über die Finanzen ein – so wie es Putin mit aller Deutlichkeit in seiner Rede auf der letzten Zusammenkunft der Rektorenunion im Dezember 2002 zum Ausdruck brachte: „Der Staat muss wissen, wofür er seine Gelder ausgibt und was daraus in Zukunft werden wird.“ (vgl. A vuz i nyne tam 20.12.02)

Präsident Putin hat die Modernisierung des Bildungswesens zur „Chefsache“ erklärt und den Weg dazu in der „Konzeption für die Modernisierung des russischen Bildungswesens für den Zeitraum bis zum Jahr 2010“ durch seine Regierung vorzeichnen lassen. Mit der Annahme dieser Konzeption Ende Dezember 2001 begann im Jahr darauf eine großangelegte Erneuerung des russischen Bildungswesens. Die zugrunde liegende Idee der Modernisierung des Bildungswesens in seiner künftigen Entwicklung wurde bereits in der übergreifenden „Strategie für die Entwicklung Russlands bis 2010“ entwickelt: „Das Modernisierungskonzept für das Bildungswesen setzt zwar sowohl bei strukturell-organisatorischen als auch bei inhaltlichen Innovationen an, stellt aber vor allem die umfassende Neuordnung der Finanzierungsmechanismen auf der Basis eines liberal-marktwirtschaftlich orientierten Regelungskonzepts in den Mittelpunkt.“ (Kuebart 2002: 225) Wirtschafts- und Finanzexperten liberaler Couleur, die maßgeblich an der Ausarbeitung dieser

Konzeption beteiligt waren, plädieren für die Übernahme bestimmter Prinzipien der liberalen Marktwirtschaft in den Bildungsbereich: Staatliches Handeln solle sich auf die Sicherung der „elementaren Bildung“ im Sinne einer Pflichtschulbildung im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht beschränken; alles, was darüber hinaus geht, sei auf privater Basis bzw. durch die Nachfragenden nach einer bestimmten Bildungsleistung zu finanzieren.<sup>17</sup> Dies bedeutet für den Hochschulbereich, dass sich der Staat sukzessive aus der normativ geregelten finanziellen Verantwortung für die Hochschulen zurückziehen und im Gegenzug der Anteil privater Bildungsinvestitionen wachsen soll. Hochschulen sollen künftig – ähnlich wie andere gesellschaftliche Bereiche – einen großen Teil ihrer staatlichen Gelder in Abhängigkeit vom Umfang der angebotenen Leistungen und deren Qualität erhalten. Sie werden also ihre Gelder nicht mehr wie bislang entsprechend den Vorgaben, die im Haushaltsplan fixiert sind, bekommen, sondern auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Prinzipien, wie zum Beispiel dem Wettbewerbsprinzip. Durch die gleichzeitig angestrebte Erhöhung der Investitionsbereitschaft von Wirtschaftsunternehmen, Betrieben, Organisationen und BürgerInnen im Bildungsbereich wird nach diesem Modell deutlich auf eine Ko-Finanzierung durch Staat und Wirtschaft und/oder Privatpersonen gesetzt.

Entsprechend der Konzeption der Regierung soll die Modernisierung des Bildungswesens bis zum Jahr 2010 finanziell durch folgende Maßnahmen flankiert und befördert werden:

- durch eine Erhöhung der aus dem Staatshaushalt bereitzustellenden Mittel;
- durch eine Erhöhung des Anteils von Geldern, die nicht aus dem Staatshaushalt stammen;
- durch einen effizienteren Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Finanzierungsreform basiert im wesentlichen auf einer internen Mittelfreisetzung durch Erhöhung der Effizienz und einer Umverteilung der finanziellen Lasten vor allem durch die Erschließung privater Quellen bei (gleichzeitiger) Entlastung des Staatshaushalts.

Die im Kontext der liberal-marktwirtschaftlichen Konzeption einer Bildungsreform vorgeschlagenen Modelle zur Bildungsfinanzierung in der Russischen Föderation sind nicht nur aus den Erfordernissen der postkommunistischen Transformation hervorgegangen. Sie sind schon seit längerem Gegenstand von weltweiten bildungs- und hochschulpolitischen sowie wissenschaftlichen Diskussionen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in denen es – zugespitzt formuliert – darum ging und geht, inwiefern angesichts deutlich veränderter sozioökonomischer Rahmenbedingungen für die Bildungssysteme und kaum vorhandenem Wachstumspotentials bei der Ausstattung öffentlicher Haushalte Hochschulbildung heute und in Zukunft (noch) öffentliches Gut oder „Privatsache“ ist.

Angesichts der Globalisierung, die vor keinen Staatsgrenzen Halt macht, hat sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts das traditionelle, relativ „geschlossene“ Verhältnis zwischen Staat und Hochschule verändert, indem zunehmend der Markt in diese „Zweierbeziehung“ eingedrungen ist und den Einfluss des Staates zurückgedrängt hat (vgl. Kwiek 2003). Im Kontext der Globalisierung hat die Wirtschaft das Primat gegenüber der Politik und Kultur, wäh-

---

<sup>17</sup> In der Modernisierungskonzeption und anderen bildungspolitischen Dokumenten der Regierung wird davon gesprochen, dass die „Basisfinanzierung“ des Bildungswesens erhalten bleiben muss. Offenbar existiert aber bislang keine einheitliche klare Auffassung darüber, für welche *konkreten* Bildungsleistungen des Staates es eine „Basisfinanzierung“ geben soll bzw. wie die „elementare Bildung“ aussehen soll, für die der Staat aufzukommen habe.

rend der Staat unter diesen veränderten Bedingungen seine Prioritäten neu zu definieren sucht: Die ihm zur Verfügung stehenden Mittel sind endlich bzw. nur wenig expansionsflexibel, und er muss (neu) entscheiden, in welche Bereiche in welchem Umfang öffentliche Gelder zu investieren sind. Bildung gehört zwar zu den öffentlichen Gütern, für die gemeinhin der Staat aufzukommen hat; aber unter den veränderten Rahmenbedingungen ist es legitim zu fragen, ob dies auf die Primar-, Sekundar- und Tertiärbildung gleichermaßen zutrifft oder ob der Staat – folgt man der liberal-marktwirtschaftlichen Auffassung – lediglich eine „Grundausrüstung an Bildung“ gewährleisten und „höhere Bildung/Hochschulbildung“ ganz oder zumindest anteilig eine (Privat)Angelegenheit des Bürgers sein soll.

## 6. Von der angebotsorientierten zur nachfrageorientierten Hochschulfinanzierung mittels EGE und GIFO

Die Hochschulfinanzierung in der RF soll im Rahmen der Modernisierung des Bildungswesens von einer angebotsorientierten (pauschalen) Mittelzuweisung auf eine nachfrageorientierte Finanzierung umgestellt werden. Als Instrument wurde dazu das GIFO<sup>18</sup> entwickelt, das in etwa mit Bildungsgutscheinen vergleichbar ist.<sup>19</sup> Bildungsgutscheine – so wie sie bereits in den 1950er Jahren von Milton Friedman in den USA konzipiert wurden – sind Coupons, die die Studierenden vom Staat erhalten, um ihr Hochschulstudium zu finanzieren. Der Gutschein ist mit einem bestimmten Geld- oder Zeitwert dotiert. Bei ihrer Aufnahme in die Hochschule übergeben die Studierenden den Gutschein der Einrichtung, die ihrerseits dafür vom Staat den entsprechenden Gegenwert in Geld erhält (Dohmen 2002: 173). Der russische Bildungsgutschein – das GIFO – unterscheidet sich von anderen Modellen dadurch, dass er in seiner Höhe individuell variabel ist, da er an die Lernleistung der AbiturientInnen bei der einheitlichen staatlichen Schulabschlussprüfung – der EGE<sup>20</sup> – geknüpft ist. Die in dieser Prüfung erbrachte Leistung entscheidet über die Dotierung des Gutscheins, so dass nicht in jedem Fall eine komplette Finanzierung des Hochschulstudiums durch das GIFO möglich wird, sondern in Abhängigkeit von der Höhe des GIFO auch eine anteilige Finanzierung durch den Studierenden verlangt werden kann (siehe Tabelle 6).

Russland gehört zu den wenigen Ländern in der Welt, das von seinen HochschulbewerberInnen (wie zu Zeiten der Sowjetunion) verlangt, dass sie sich nach den Abschlussprüfungen in der Schule auch noch einer spezifischen Hochschulaufnahmeprüfung unterziehen, deren Ergebnis über die Zulassung zu einem Studium an einer bestimmten Hochschule entscheidet.<sup>21</sup> Bislang hat jede Hochschule das Recht, diese Prüfungen in eigener Regie zu organisieren und durchzuführen. Mit der gesellschaftlichen Transformation ist dieses Verfahren zunehmend in die Kritik geraten, da vor allem die Transparenz der Aufnahmeprüfungen sehr zu wünschen übrig ließ und zudem enorme Geldsummen von Privathaushalten aufgebracht werden mussten, um tatsächlich einen staatlich finanzierten Studienplatz über diese Prüfungen zu erhalten. Die Kombination von Schulabschluss- und Hochschulaufnahmeprüfung, die auch eine sehr hohe psychische Belastung für die SchulabsolventInnen bzw. BewerberInnen um ein Hochschulstudium darstellen, da sie innerhalb

---

<sup>18</sup> Gosudarstvennoe Imennoe Finanzovoe Objazatel'stvo / staatliche personengebundene Finanzbeihilfe

<sup>19</sup> Erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang, dass bereits schon einmal in dem „Programm zur Vertiefung der ökonomischen Reformen“ von Gaidar und Jasin aus dem Jahre 1992 der Bildungsgutschein, ein sogenannter „obrazovatel'nyj vaučer“, eine zentrale Rolle spielte.

<sup>20</sup> Edinyj Gosudarstvennyj Ekzamen / einheitliche staatliche Prüfung

<sup>21</sup> Allein die europäischen Hochschulzugungskriterien sind bei weitem nicht einheitlich und in den einzelnen nationalen Hochschulsystemen sehr unterschiedlich. Das „sowjetische Modell“, nach dem zusätzlich zu den Abiturprüfungen spezielle Hochschulaufnahmeprüfungen zu absolvieren sind, wurde in vielen ehemals staatssozialistischen Ländern praktiziert und ist bis heute in einigen dieser Länder beibehalten worden. Ungarn hat 2003 eine Gesetzesnovelle verabschiedet, die ab dem Jahr 2005 die Hochschulaufnahmeprüfungen abschafft. In Tschechien und Polen dagegen wurde gerade die Einführung eines Zentralabiturs gestoppt, das die Hochschulaufnahmeprüfungen überflüssig machen sollte.

eines kurzen Zeitraums von manchmal nur wenigen Wochen zu absolvieren sind, wird vor allem deshalb kritisiert, da die Anforderungen in den jeweiligen Prüfungen stark voneinander abweichen und das Ergebnis aus den Schulabschlussprüfungen kaum einen Einfluss auf den Hochschulzugang hat. Die derzeitig praktizierten Schulabschlussprüfungen sind nicht geeignet, ein objektives Bild vom Niveau der Ausbildung einzelner SchülerInnen zu vermitteln, da es keine einheitlichen Anforderungen an den Wissensstand gibt, so dass auch die erteilten Noten auf den Abschlusszeugnissen für die Hochschulen kaum eine Rolle spielen.

Mit dem neuen Verfahren einer landesweiten einheitlichen staatlichen Schulabschlussprüfung, die gleichzeitig als Eingangsprüfung für das Hochschulstudium gelten und zugleich an staatliche personengebundene Bildungsbeihilfen gekoppelt werden soll, wird angestrebt, sowohl mehr Transparenz bei den Aufnahmeprüfungen zu erreichen als auch die Mittelverwendung an den Hochschulen zu effektivieren. Nach Aussagen des Bildungsministeriums will man auf diese Weise das „archaische“ System der Hochschulaufnahmeprüfung (Filippov 2000) abschaffen.

Die EGE sieht vor, dass die AbiturientInnen Prüfungen in zwei Pflichtfächern (Russisch und Mathematik) und in mindestens drei Wahlfächern, die die Hochschulen entsprechend ihrem Ausbildungsprofil mitbestimmen können, ablegen (vgl. Rešenie kollegii 2000). Zur Auswahl stehen dabei: Literatur, Physik, Chemie, Biologie, Geographie, Geschichte Russlands, Gesellschaftswissenschaften und Fremdsprachen. Die Bewertung der Ergebnisse erfolgt auf einer Punkteskala von 1 – 100 (= maximale Punktzahl). Die Prüfungen gliedern sich in einen mündlichen und einen schriftlichen Teil. Während der laufenden Erprobungsphase der EGE sind vor allem die Teile des neuen Prüfverfahrens in die Kritik der LehrerInnen und Bildungsexperten geraten, die auf dem multiple-choice-Verfahren beruhen. Im traditionellen Schulunterricht in der Sowjetunion bzw. in der Russischen Föderation sind bislang derartige Methoden zur Leistungsüberprüfung nicht angewendet worden, und die SchülerInnen sind damit auch nicht vertraut. Die Kritiker bezweifeln, dass es möglich ist, das tatsächliche Wissen der AbiturientInnen mittels des multiple-choice-Verfahrens zu überprüfen. Sie verweisen darauf, dass Prüfungen dieser Art (bei denen mit vorgegebenen Lösungen gearbeitet wird) generell das Eingangsniveau der BewerberInnen um ein Hochschulstudium herabsetzen würden. Die „russische“ Schule – so ihre Argumentation – basiere auf anderen Lerntraditionen, die den kreativen Umgang mit Wissen zur Lösung von Aufgaben fördern würde und nicht darauf orientiert sei, den Schülern „fertige“ Lösungen vorzulegen, unter denen in der Prüfung lediglich noch die richtige auszuwählen sei.

Der russische Bildungsgutschein – das GIFO –, der unmittelbar an das neue Prüfverfahren angebunden ist, ist gemäß des zugrunde gelegten Konzepts ein Zertifikat, das eindeutig Auskunft gibt über die erzielten Ergebnisse in den EGE, die ihrerseits einer vorgeschriebenen GIFO-Kategorie (siehe Tabelle 6) zugeordnet werden. Auf dieser Grundlage werden der betreffenden Hochschule, die die StudienbewerberInnen aufnimmt, Mittel aus dem Staatshaushalt für die gesamte Ausbildungsdauer zur Verfügung gestellt. Das GIFO sichert – nach Aussagen des Bildungsministeriums – die Haushaltfinanzierung der Hochschuleinrichtungen auf der Grundlage differenzierter Vorgaben, die den Charakter der Ausbildungsprogramme und das Ausbildungsniveau der AbiturientInnen widerspiegeln.

Die AbiturientInnen können sich mit dem erzielten GIFO an einer Hochschule ihrer Wahl bewerben. Angesichts der sukzessive steigenden Studierendenzahlen (vgl. 3.3.) könnte der Staatshaushalt nach dem neuen Modell dahingehend entlastet werden, dass die Studierenden, die nicht die höchste Stufe des GIFO erzielen, aber auf Vertragsbasis<sup>22</sup> einen der staatlichen Studienplätze erhalten, ihr Studium anteilig selbst finanzieren und somit mehr private Gelder in die Hochschulbildung investiert werden.

Im Frühjahr 2003 wurde im Kontext der allgemeinen Haushaltsplanung in der russischen Öffentlichkeit heftig über mögliche Kürzungen der Bildungsausgaben diskutiert, die u. a. dadurch erreicht werden sollten, dass die Zahl der kostenfreien Studienplätze an den staatlichen Hochschulen, die inzwischen weit über der im Gesetz vorgesehenen (170) liegt, angeblich reduziert würde. Das Bildungsministerium hat Kürzungen der Bildungsausgaben mit dem Verweis darauf dementiert, dass Bildung zu den vier Bereichen gehört, die in den nächsten drei Jahren eine Priorität in der Haushaltsfinanzierung genießen werden. Auch die Zahl der staatlich finanzierten Studienplätze soll nach Angaben des Ministeriums nicht reduziert, sondern erhöht werden.<sup>23</sup> Gegenwärtig wird in diesem Zusammenhang auch an eine weitere Novelle des Gesetzes „Über die Bildung“ aus dem Jahre 1996 gedacht. Es geht dabei in erster Linie um die Änderung des Artikel 40: „Staatliche Garantie über die Priorität der Bildung“, Pkt. 2, der 170 staatlich finanzierte Studienplätze pro 10.000 Einwohner festschreibt (Sbornik 2000: 54). Um das Verfahren des Hochschulzugangs „gerechter“ zu gestalten, sollen – wie bereits erwähnt – Studierende bzw. StudienbewerberInnen nicht nur das (Bewerbungs-)Recht auf einen (vollständig) staatlich finanzierten Studienplatz haben, sondern ihren staatlichen Studienplatz auch anteilig selbst finanzieren können – in Abhängigkeit von der erbrachten Prüfungsleistung in den EGE. Dieses Verfahren soll nunmehr auch per Gesetz fixiert werden (Ministerstvo obrazovanija Rossijskoj Federacii 18.04.03). Mit einer solchen Gesetzesänderung wird aber nicht vor 2005 zu rechnen sein, d.h., nicht bevor landesweit die EGE eingeführt sind.

Die Einführung des GIFO ist also nach Darstellung des Ministeriums auch eine Reaktion auf die starke Kommerzialisierung im Hochschulbildungsbereich, deren soziale Folgen auf diese Weise gemildert werden sollen. Die Idee basiert auf der nach wie vor in der russischen Gesellschaft weit verbreiteten Grundhaltung, dass staatliche Hochschulen „Garanten für die Chancengleichheit“ sind bzw. es auch weiterhin bleiben sollen. Bislang zahlen Studierende in gebührenpflichtigen Studiengängen an staatlichen Hochschulen vollkommen unabhängig von ihren Lern- und Studienleistungen und ihrer sozialen Situation. Sie haben sich ganz einfach in die Hochschule zum Studium „eingekauft“. Mit dem neuen Finanzierungssystem wird angestrebt, dass der Studierende um so weniger für sein Studium bezahlen muss, je besser er in den EGE abgeschnitten hat. Diejenigen BewerberInnen, die mehr als 70 % der möglichen Punktzahl bei den EGE erreicht haben, sollen künftig kostenfrei studieren können. Dadurch soll zum einen bei den AbiturientInnen der Anreiz erhöht werden, bessere Lernleistungen in der Schule zu erzielen; und zum anderen soll mehr soziale Gerechtigkeit insofern durchgesetzt werden, als die meisten „zahlenden“ Studie-

---

<sup>22</sup> Der Vertrag bezieht sich auf eine Vereinbarung der Hochschule mit GIFO-Inhabern über die Höhe der Zuzahlung, die (derzeit noch) nicht einheitlich geregelt ist.

<sup>23</sup> Nach neueren Informationen kommen derzeit (2003) 400 Studierende auf 10.000 Einwohner. Zu Sowjetzeiten waren es 220. (courier.com.ru/cour0367/300.htm)



renden auf diese Weise nur anteilig für ihr Studium aufkommen müssen und der Staat an der Finanzierung aber weiterhin beteiligt bleibt. An einer privaten Hochschule müssten sie hingegen in vollem Umfang und oft weitaus mehr für ein Studium zahlen. Dies ist für die breiten einkommensschwachen Schichten der Bevölkerung keine Alternative, so dass ihnen bei Beibehaltung des derzeitigen Systems der Zugang zu höherer und vor allem qualitativ hochwertiger Bildung verwehrt bleibt.

Eine endgültig befriedigende Lösung des Problems scheint derzeit aber mit der neuen Regelung über das GIFO nicht möglich, da es zusätzliche Probleme im Vorfeld der EGE gibt. Das Niveau der Schulausbildung reicht für die Mehrheit der SchülerInnen nicht aus, um das für die EGE notwendige Wissen und die Fähigkeiten zu erwerben, damit sie im Ergebnis der Prüfung tatsächlich in die Kategorie der höchsten GIFO-Inhaber aufgenommen werden. Aus diesem Grund ist – wie bislang schon für die strengen Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen – Nachhilfeunterricht auf private Kosten notwendig, der die „Lücken“ aus dem normalen Unterricht schließt. Die Ausgaben der Privathaushalte zur gezielten Vorbereitung auf die EGE dürften nach Schätzungen von russischen Experten wieder erhebliche finanzielle Belastungen für die einkommensschwachen Familien darstellen und neue (bzw. alte) Barrieren auf dem Weg zum Hochschulstudium errichten.

## 7. Das Experiment: Wie funktioniert die Hochschulfinanzierung mittels EGE und GIFO in der Praxis?

Auf Beschluss der Regierung der RF vom 14. Januar 2002 wurde bzw. wird in den Schuljahren 2002/03 und 2003/04 mit großangelegten Schulversuchen die Einführung des GIFO zur Finanzierung der Hochschulen aus dem Staatshaushalt in Verbindung mit den EGE getestet. An dem Experiment können bzw. konnten nur solche Hochschulen teilnehmen, die sich dazu verpflichteten, in allen von ihnen angebotenen Fachrichtungen ausschließlich BewerberInnen mit einem GIFO aufzunehmen. Hierbei wird den Hochschulen zudem die Auflage erteilt, dass mindestens 50% der Erstsemester pro Jahrgang auf Staatskosten (d.h. ohne Zuzahlung) auszubilden sind.

An dem Pilotversuch im Schuljahr 2001/02 haben zunächst sechs Hochschulen aus drei Verwaltungssubjekten der RF und ca. 300.000 SchulabgängerInnen teilgenommen: Aus den Republiken Marij El, Tschuwaschien und Sacha-Jakutien beteiligten sich die jeweils führenden staatlichen Hochschulen. Insgesamt haben im Ergebnis der Prüfungen 14.256 Bewerber ein GIFO erhalten. Die höchste Kategorie des GIFO (die keine Zuzahlung zum Studium erfordert) erhielten 8.407 SchulabgängerInnen (59% der potenziellen BewerberInnen). Dies waren 728 (8%) weniger, als ursprünglich zu Beginn des Experiments geplant.

*Tabelle 6: Verteilung der einzelnen GIFO-Kategorien unter den Studienbewerbern, Punkt- und Geldwert des GIFO (aus der ersten Testphase)*

Kategorie des GIFO	Bewerber um einen Studienplatz (in %) in der jeweiligen Kategorie	Punktzahl in den EGE, die der Kategorie des GIFO entspricht	Geldwert des GIFO (in Rubel)	Geldwert des GIFO (in € <sup>24</sup> )
I	8,0	über 80 – einschl. 100	14.500	420,50
II	39,0	über 68 – einschl. 80	7.500	217,50
III	37,5	über 52 – einschl. 68	3.900	113,10
IV	10,8	über 43 – einschl. 52	2.800	81,20
V	4,7	über 35 – einschl. 43	1.200	34,80

Quelle: Osnovnye itogi 2003: 45

<sup>24</sup> Zum Vergleich wurde der Kurs des russischen Rubels vom 19.08.2003 gewählt: 1 Rubel = 0.029 €

Die ersten Ergebnisse aus dem Pilotversuch liegen nun vor und wurden bereits von WissenschaftlerInnen und BildungspolitikerInnen ausgewertet.<sup>25</sup> Die Reaktionen auf diese erste Testphase waren sowohl bei den beteiligten Hochschulen als auch bei den SchülerInnen bzw. deren Eltern positiv. Ausdruck dafür ist u.a. die Tatsache, dass bereits 2003 und vor allem 2004 das Experiment mit einer deutlichen regionalen Ausweitung fortgesetzt wird und dass sich schon jetzt viele Regionen gemeldet haben, die freiwillig daran teilnehmen möchten. Nach entsprechenden Meinungsumfragen haben sich 59% der befragten russischen BürgerInnen für dieses neue Prüfungsverfahren ausgesprochen. Eines der wesentlichen Ergebnisse aus der ersten Phase war aus Sicht der beteiligten Hochschulen die Tatsache, dass zu Beginn des Studienjahres keiner der Einrichtungen weniger Mittel zur Verfügung standen als den anderen Hochschulen in der Region. Im Gegenteil: Durch das von den Erstsemestern eingebrachte GIFO verfügten diese Hochschulen sogar über mehr Mittel als die anderen (nicht am Experiment beteiligten Einrichtungen). Dies spricht aus Sicht der Hochschulen eindeutig für eine Finanzierung über das GIFO.

Ursachen für eine günstigere Finanzausstattung der am Experiment beteiligten Hochschulen sehen Bildungsexperten vor allem darin, dass in dieser Testphase erstens der Geldwert der GIFO-Kategorien zu hoch angesetzt wurde und zweitens die Intervalle zwischen den GIFO-Kategorien zu liberal gestaltet wurden. Die Experten gehen davon aus, dass eine rasche Korrektur der GIFO-Höhe insofern erforderlich ist, da anderenfalls die „hochdotierten“ GIFO-InhaberInnen sich nur bei renommierten und prestigeträchtigen Hochschulen bewerben werden und weniger angesehene Hochschulen in abgelegenen Gegenden dagegen auf den finanziellen Ruin zusteuern oder gezwungen würden, für die Region wichtige Ausbildungsgänge zu schließen, da sich nicht genügend hochdotierte GIFO-InhaberInnen und zuzahlungskräftige Studienbewerber finden. Ursprünglich ist man davon ausgegangen, dass die Zahl derjenigen, die das höchste GIFO im Ergebnis der Prüfungen erhalten werden, die Zweiprozentmarke nicht übersteigen wird. In der ersten Phase waren es aber bereits acht Prozent. Wirtschaftsexperten und BildungsökonomInnen raten deshalb zu einer qualitativen Entlastung der Finanzausstattung des GIFO in allen Kategorien und zu einer merklichen Anhebung der Punktzahl, die für die jeweilige Kategorie des GIFO in der Prüfung erreicht werden muss. In der nächsten Testphase, die mit wesentlich mehr Beteiligten im Studienjahr 2003/04<sup>26</sup> durchgeführt wird, sind deshalb schon Änderungen an den EGE und dem GIFO vorgenommen worden. Nach Angaben des Bildungsministerium nehmen z. Zt. (2003) 464 Hochschulen bzw. Hochschulfilialen (d.h. fast die Hälfte aller staatlichen Hochschulen im Land) StudienbewerberInnen anhand der Ergebnisse aus den EGE auf. Da an vielen Einrichtungen aber gleichzeitig auch noch BewerberInnen nach den herkömmlichen Prüfungsverfahren aufgenommen werden, wurde ein Vergleichsmaßstab eingeführt: 70 Punkte aus den EGE entsprechen der besten Note (= 5 nach der russischen Skala) aus der Aufnahmeprüfung. Weniger als 40 Punkte bei den EGE werden demzufolge kaum für einen Hochschulzugang ausreichen. Diese Regelung hat wiederum erstmals neue Probleme beim Hochschulzugang in der Hauptstadt Moskau hervorgerufen. Die regionalen Hochschulen sind im Gegensatz zu den Moskauer Einrichtungen ver-

---

<sup>25</sup> Eine offizielle Bilanz der gesamten Testphase ist von der Regierung für November 2004 vorgesehen. Die EGE sollen ab dem Schuljahr 2005/06 landesweit eingeführt werden.

<sup>26</sup> Daran werden ca. 650.000 SchülerInnen aus 47 (Verwaltungs-)Subjekten der RF teilnehmen und sich um ein über das GIFO finanziertes Hochschulstudium bewerben.

pflichtet, StudienbewerberInnen mit einem Nachweis aus den EGE aufzunehmen. In Moskau dagegen nehmen bislang lediglich 20 Hochschulen (sowohl staatliche als auch private) in einzelnen Studienfächern auch BewerberInnen mit einem Nachweis aus den EGE anstelle des Ergebnisses aus der „hauseigenen“ Aufnahmeprüfung auf. An der staatlichen Elitehochschule für Wirtschaft in Moskau werden in allen Studienrichtungen bei Vorlage des Prüfungsnachweises aus den EGE mit entsprechend hoher Punktzahl (anstelle der sonst üblichen Aufnahmeprüfung) Studienbewerber aus dem ganzen Land aufgenommen. An dieser Hochschule liegt ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden derzeit bei fast 50%. AbiturientInnen aus den Moskauer Schulen müssen sich aber der obligatorischen und anspruchsvollen Aufnahmeprüfung an der Wirtschaftshochschule stellen, da die Schulen der Stadt bislang nicht an dem Experiment der EGE teilnehmen<sup>27</sup>. Aufgrund des hohen Prozentsatzes der künftigen Erstsemester mit einem EGE-Zertifikat und fehlender Transparenz bei der Vergleichbarkeit von EGE und hochschulinternen Aufnahmeprüfungen hat sich unter den Betroffenen recht schnell die Meinung verbreitet, dass die Anforderungen in den EGE erheblich unter denen der Hochschulaufnahmeprüfungen liegen würden und sich somit neue Diskrepanzen in den Zugangschancen auftun würden. Selbst der Prorektor der Wirtschaftshochschule musste in einem Interview zugeben, dass es tatsächlich leichter sei, die EGE zu bestehen, vor allem in den für die hochschulinterne Aufnahmeprüfung wichtigen Fächern wie Mathematik und Wirtschaft. Auch lassen Exmatrikulierungen von Studierenden nach dem ersten Studienjahr, die anhand der EGE-Ergebnisse an die Wirtschaftshochschule aufgenommen wurden, Zweifel an der Objektivität der hohen Punktzahl bei den Prüfungen in Tschuwaschien und der Republik Marij El aufkommen. Es wird davon ausgegangen, dass in vielen dieser Prüfungen in der ersten Testphase eine überhöhte Punktzahl vergeben wurde (vgl. Provinzija okkupiruet Moskvu 30.07.03).

---

<sup>27</sup> Nach neuesten Informationen werden nun doch ab dem Schuljahr 2003/2004 die ersten Moskauer Schulen an dem Experiment teilnehmen. Die anfängliche strikt ablehnende Haltung gegenüber den EGE seitens der Moskauer (Bildungs-)Politiker scheint durch pragmatische Schritte ersetzt zu werden, da der Zeitpunkt einer landesweiten Einführung näher rückt und das Bildungsministerium seinen Entschluss diesbezüglich nicht zu revidieren gedenkt (vgl. Moskva sdalas' s ekzamenom 29.08.03).

## 8. Die Hochschulen als Gegner des neuen Finanzierungsmodells: Hintergründe und Argumente

Trotz der erwähnten positiven Reaktionen in der ersten Phase der Schulversuche zur Einführung von EGE und GIFO sind in letzter Zeit wieder vermehrt kritische Stimmen aus Hochschulkreisen zu vernehmen, die sich gegen die Einführung dieses neuen Finanzierungsmodells richten. Die Ablehnung wird in den meisten Fällen mit einer Reihe von ungeklärten Fragen begründet, auf die die Bildungspolitiker und „Väter“ der Modernisierungskonzeption bislang keine befriedigenden Antworten liefern bzw. für die sie keine Lösungen anbieten konnten. Generell sehen die Hochschulen ihre (wieder gewonnene) Autonomie in Gefahr, wenn sie sich auf die Anforderungen des Marktes und Wettbewerbs einstellen sollen. Ende des Jahres 2002 sagte der Präsident der Rektorenunion der RF, Viktor Sadovničij, dass die Rektoren der Hochschulen befürchten, dass die „Verabsolutierung und Monopolstellung der EGE dem gesamten Bildungssystem Russlands Schaden zufügen könnten“. (Sadovničij 2003: 13f.)

Ein prinzipieller Einwand gegen das GIFO basiert darauf, dass ein verfassungsmäßig verankertes Grundrecht auf diese Weise verletzt würde. Der Artikel 43, Punkt 3 der Verfassung der Russischen Föderation aus dem Jahre 1993 besagt, dass alle BürgerInnen das Recht haben, auf Grundlage eines Wettbewerbs<sup>28</sup> eine unentgeltliche Hochschulausbildung an einer staatlichen oder kommunalen Bildungseinrichtung und in einem Unternehmen zu erhalten. Da das GIFO nur in einer (d.h. der obersten) Kategorie keine Zuzahlungen zum Studium vorsieht, ist das Recht auf eine unentgeltliche Hochschulbildung für alle anderen GIFO-InhaberInnen nicht mehr gewährleistet. Das Prinzip einer kostenfreien Hochschulbildung geht damit verloren. Die Konsequenz wäre demzufolge, dass bei einer Einführung von EGE und GIFO in der derzeitigen Form eine Verfassungsänderung notwendig würde.

Die Vertreter der Hochschulen verweisen darauf, dass die Höhe des GIFO nicht ausreicht, um ein Hochschulstudium zu finanzieren. Es dürfte nur schwer (wenn überhaupt) möglich sein, einen „Einheitspreis“ für ein Hochschulstudium festzulegen, da die Kosten sowohl je nach Fachgebiet als auch nach Hochschule differieren. So kostet zum Beispiel ein Physik- oder Biologiestudium an der renommierten Staatlichen Universität in Moskau für ein Studienjahr 1.500 Dollar (Gebühren, die die zahlenden Studierenden entrichten müssen). Ein solches Studium dürfte an einer kleineren Hochschule außerhalb von Moskau preiswerter sein. Und ein Studium der Linguistik ist dagegen grundsätzlich billiger – auch in Moskau. Diese Unterschiede werden bislang im GIFO nicht berücksichtigt. Die Hochschulen sollen die Ausbildungskosten jeweils selbst festlegen. Vor allem die „teuren“ großen Hochschulen in den Zentren des Landes wären auf Zuzahlungen der Studierenden angewiesen, kleinere und weniger kostenintensive Hochschulen hätten dann

---

<sup>28</sup> Gemeint ist damit die Hochschulaufnahmeprüfung, der sich AbiturientInnen zusätzlich zu den Schulabschlussprüfungen unterziehen müssen, um eine Studienberechtigung an einer Hochschule zu erwerben.

einen Wettbewerbsvorteil im „Kampf“ um die GIFO-InhaberInnen, da sie weniger Geld als Zuzahlung verlangen müssten. Generell – so der Präsident der Rektorenunion, Sadovničij (2003) – bedeuten EGE und GIFO eine Unterfinanzierung staatlicher Studienplätze.

Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung, die mit dem GIFO eigentlich angestrebt wird, kann so nicht realisiert werden. Um eine hohe bzw. die höchste Kategorie des GIFO in den EGE zu erzielen, die keine Zuzahlung zum Studium erfordert, muss eine gezielte Vorbereitung auf die Prüfungen erfolgen, die vor allem durch die Inanspruchnahme zusätzlicher bezahlter Bildungsdienstleistungen (Nachhilfe- und Vorbereitungskurse u.ä.) geschieht. Diese wiederum können sich in erster Linie nur begüterte Familien leisten. Die Kinder einkommensschwacher Familien haben daher teilweise weniger Chancen, in den EGE gute Ergebnisse zu erzielen, und erhalten von daher mit größerer Wahrscheinlichkeit ein geringer dotiertes GIFO, das eine Zuzahlung zum Studium erfordert. Auf diese Weise finanzieren sie letztendlich das Studium der Kinder aus besser gestellten Familien mit, die keine Zuzahlungen wegen des hohen GIFO zu leisten haben. Damit werden die Chancen (wieder) ungleich verteilt, Gerechtigkeit lässt sich so kaum herstellen.

Das GIFO, das künftig neben der „Grundfinanzierung“ aus dem Haushalt in der Summe einen erheblichen Teil der bisher gezahlten Pauschalzuwendungen ausmachen würde, zöge unweigerlich einen Qualitätsverlust in der Hochschulausbildung nach sich, da das Geld, das die Studierenden dann mitbringen, über das „Schicksal“ der Hochschule maßgeblich entscheiden würde. Um möglichst viele Studierende und damit möglichst viel Geld zu bekommen, gäbe es für die Hochschulen in diesem Wettbewerb nur einen Ausweg: Sie müssten ihr Anforderungsniveau an den Kenntnisstand der BewerberInnen um die Studienplätze anpassen bzw. deutlich herabsetzen. Letztendlich – so die Rektoren führender russischer Hochschulen – bedeute dies einen Qualitätsverlust in der Hochschulausbildung insgesamt, da teure und kostenintensive Ausbildung angesichts höherer Zuzahlungen nicht mehr in dem Maße nachgefragt würde. Viele Hochschulen würden sich dann – so befürchtet man in diesen Kreisen – aus wirtschaftlichen Gründen auf kostengünstigere Studienangebote konzentrieren, die aber oftmals mit Qualitätsverlusten verbunden sind, wenn die Ausbildung zum Beispiel nicht mit neuester (und teurer) Technik oder nach neuesten Methoden erfolgen kann.

Die meisten staatlichen Hochschulen in Russland sehen trotz der vorhandenen Möglichkeiten, weitere zusätzliche Mittel (die nicht aus dem Staatshaushalt stammen) einzuwerben, den Staat nach wie vor als Hauptgeldgeber an, der ihnen gegenüber nachgerade dazu verpflichtet sei. Eigenerwirtschaftung von Mitteln – ganz gleich, auf welchem Weg – wird von ihnen fast als „Zuzahlung“ betrachtet, die sie an der Ausübung ihres Ausbildungsauftrages hindern.

## 9. Chancengleichheit im Hochschulzugang und effizienzorientierte Steuerung des Mitteleinsatzes durch EGE und GIFO – eine erste kritische Bilanz des neuen Finanzierungsmodells

Mit der Orientierung auf eine künftige Finanzierung der Hochschulen über ein sogenanntes „Mehrkanalsystem“, das eine Diversifizierung der Einnahmequellen der Einrichtungen vorsieht, folgt die Regierung der RF einem seit den 1990er Jahren in den OECD-Ländern zu beobachtenden Trend: Die Regierungen dieser Länder sind bestrebt, das Spektrum der öffentlichen und privaten Quellen zur Finanzierung von Bildungseinrichtungen zu erweitern, und gehen neue Partnerschaften ein, um die notwendigen Ressourcen zu mobilisieren (Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2001: 18).

In der Russischen Föderation waren – wie in den meisten OECD-Staaten – in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine gestiegene Nachfrage nach tertiärer Bildung und ein wachsender Anteil an privaten Mitteln für die tertiäre Bildung zu verzeichnen. Tendenziell beziehen tertiäre Einrichtungen in den OECD-Staaten einen weitaus größeren Teil ihrer Finanzierung aus privaten Quellen als Einrichtungen des Primar- und Sekundarbereichs. Zwischen 1995 und 1998 sind in sechs von 16 Ländern die privaten Mittel für die tertiäre Bildung um mehr als 30% gestiegen (Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2001: 18). Diese Entwicklung lässt sich auch in Russland beobachten: Die Zunahme von privaten Mitteln im tertiären Bildungsbereich in der RF ist zudem im Vergleich zu den OECD-Staaten in einem relativ kurzen Zeitraum erfolgt. Noch 1991 wurde die nationale Hoch- und Fachschulausbildung komplett aus staatlichen Mitteln finanziert; knapp zehn Jahre später jedoch, im Jahr 2000, kamen nur noch 59% der Mittel aus dem Staatshaushalt, und 41% der Mittel flossen bereits aus den „nicht-staatlichen“ Quellen.

Das liberal-marktwirtschaftliche Modell, das der Finanzierung im Hochschulbereich der RF künftig zugrunde gelegt werden soll, geht davon aus, dass sich unter den Bedingungen einer erweiterten Hochschulautonomie<sup>29</sup> die Hochschulen in weitaus stärkerem Maße den Steuerungsmechanismen von Markt und Wettbewerb unterwerfen müssen. Analog zu den auf diese Weise erzielten Effekten in der Privatwirtschaft sollen Marktmechanismen auch im Bildungsbereich eine hohe Effizienz beim Ressourceneinsatz sichern. Damit wird versucht, die Leistung der russischen Hochschulen vor allem durch den „Markt“ bewerten zu lassen. Anstelle einer direkten Finanzierung der nationalen Hochschulen durch den Staat wird das Geld künftig an die Nachfragenden gezahlt (in Form von Bildungsgutscheinen als GIFO). Sie wiederum sollen selbst entscheiden, welche Leistungen von Hochschulen sie in Anspruch nehmen wollen und an welcher Hochschuleinrichtung sie den staatlichen Gutschein einlösen werden. Durch den Vergleich konkurrierender Angebote der Hochschulen erhofft man sich eine stimulierende Wirkung im Wettbewerb zur Leistungsverbesserung der Hochschulen, vorausgesetzt, die StudienbewerberInnen haben tatsächlich die freie Wahl und werden nicht durch neue Zwänge reglementiert. Dafür spricht u.a. im po-

---

<sup>29</sup> siehe Artikel 3 „Die Autonomie der Hochschuleinrichtungen und die akademischen Freiheiten“ im Gesetz „Über die höhere und postgraduale berufliche Bildung“ aus dem Jahr 1996, Sbornik 2000: 74

sitiven Sinn die Ankündigung, dass der Wettbewerb um staatliche Mittel künftig auch den privaten Hochschulen offen stehen soll. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass bei der Größe des Landes viele Hochschulen über ein „Gebietsmonopol“ verfügen und Mobilität bei den Studierenden von daher mit sehr hohen individuellen Kosten verbunden sein kann. Dadurch sind die StudienbewerberInnen von vornherein gewissen Zwängen bei der Auswahl einer Hochschule unterworfen.

### *Effizienzsteigerndes Potenzial des neuen Finanzierungsmodells?*

Wenngleich in Russland, ähnlich wie Weiss (1999) es für andere Länder konstatiert, die Frage der Mittelbereitstellung durch den Staat für die Bildungseinrichtungen nach wie vor die zentrale Frage ist – und in Russland geht es dabei vor allem um die Einhaltung der vom Staat zugesagten, teilweise sogar im Gesetz festgeschriebenen Zuwendungen als auch um deren jährliche Erhöhung –, ist in letzter Zeit zu beobachten, dass der Frage der Mittelverwendung und ihres effizienten Einsatzes seitens der Bildungspolitik zunehmend mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. In diesem Sinn soll die Einführung von Bildungsgutscheinen in Form des GIFO zu einer Effizienzsteigerung beitragen, indem wesentliche Teile der staatlichen Finanzmittel nicht mehr direkt an die Einrichtungen, unabhängig von der Nachfrage nach Studienangeboten und deren Qualität gehen, sondern unmittelbar den Nachfragenden bzw. NutzerInnen der Bildungsdienstleistungen zur Verfügung gestellt werden. Der Staat sieht es in diesem Kontext als seine prioritäre Aufgabe an, für (staatliche) Garantien zu sorgen, die den BürgerInnen den Zugang und die Chancengleichheit beim Erwerb von höherer Bildung ermöglichen. Aus der Sicht der BürgerInnen ist es allerdings schwierig, diese Garantien gegebenenfalls einzuklagen. Der Hochschulzugang weist derzeit eine starke Einkommensabhängigkeit auf, d.h., die Einkommensverhältnisse der StudienbewerberInnen bzw. ihrer Familien entscheiden maßgeblich über den Eintritt in eine höhere Bildungsstufe im Tertiärbereich. Anders gesagt: Bildungsbeteiligung hängt weitaus weniger vom Wissensstand und den Fähigkeiten der BewerberInnen um ein Hochschulstudium ab als vielmehr von den finanziellen Möglichkeiten, sich diesen Zugang zu verschaffen. Man kann sich einen Studienplatz an einer staatlichen Hochschule durchaus legal „kaufen“ (im gebührenpflichtigen Studienangebot), wenn man keinen staatlich finanzierten Studienplatz über den erwähnten „Wettbewerb“ erhalten hat. Mit der Kommerzialisierung im Bildungsbereich haben sich zwar die Angebote für eine Hochschulausbildung in quantitativer Hinsicht deutlich erhöht; aber gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Chancengleichheit in qualitativer Hinsicht, d.h., wenn es um den Erwerb einer guten, hochwertigen und auf dem Arbeitsmarkt anerkannten Ausbildung geht, deutlich eingeschränkt ist, da gerade diese Angebote oft nur gegen Zahlung entsprechend hoher Gebühren zugänglich sind.

Ein Blick auf die internationale Entwicklung in der Bildungsfinanzierung zeigt, dass es kaum gesicherte Aussagen bzw. Erkenntnisse, eher nur Vermutungen dahingehend gibt, dass Effizienzvorteile bei Systemen der Bildungsfinanzierung zu erwarten sind, in denen wesentliche Teile der staatlichen Finanzmittel nicht direkt an die Institutionen fließen, sondern an die unmittelbaren „VerbraucherInnen“ der Bildungsangebote. Ein solches Finanzierungskonzept ist bislang lediglich punktuell in einigen wenigen Ländern eingeführt worden, so dass die empirische Befundlage



recht dürftig ist (Weiß 1999: 161f.) – wahrscheinlich auch zu dürftig, um daraus bildungspolitische Konsequenzen in der Reichweite zu ziehen, wie es z.Zt. in Russland versucht wird. Russland ist auf dem Weg, die Empirie auf diesem Gebiet zu bereichern, aber über das Effektivitäts- und Effizienzsteigernde Potenzial des neuen Finanzierungsmodells zu befinden ist gegenwärtig noch zu früh. Die Experimentierphase kann lediglich Vorteile und Schwächen des neuen Zuweisungsmodells zu Tage fördern und ist für Nachbesserungen am Modell geeignet, bevor es zu einer definitiven Entscheidung über dessen Einführung (oder auch Ablehnung) kommt.<sup>30</sup> Positive Reaktionen von den in der Testphase beteiligten Hochschulen sind offenbar vor allem darauf zurückzuführen, dass ihnen grundsätzlich durch die Aufnahme von GIFO-InhaberInnen als Erstsemester mehr Mittel (durch das GIFO und entsprechende Zuzahlungen der GIFO-InhaberInnen, die zusätzlich zur – wenn auch bescheidenen – „Grundausstattung“ aus dem Haushalt gezahlt werden) zur Verfügung standen. Die Frage, ob dies – aus Sicht des Bildungsministeriums, das die neuen Instrumente entwickelt hat – auch mit einem effizienteren Einsatz der staatlichen Mittel verbunden ist, muss (noch) offen bleiben, da es bislang dafür keine klaren Kriterien gibt.

Eine Effizienzbewertung im Bildungsbereich könnte analog zu denen in der Wirtschaft anhand eines Kennziffern-Systems erfolgen, das die Input-Output-Relationen quantifiziert und diese einer monetären Bewertung zugänglich macht. Dieses Verfahren ist jedoch – wie Experten es einschätzen (vgl. Hein/Pasternack 1998) – für den Bildungsbereich nur begrenzt geeignet, da es zwar mit Kennzahlen (wie z.B. Studierendenzahlen, AbsolventInnenzahlen) operiert, allerdings über einen wichtigen Aspekt, der bei der Effizienzbewertung der Mittelverwendung im Bildungsbereich eine ganz wesentliche Rolle spielt, keine Auskunft gibt: über die Qualität der Ausbildung bzw. Lehre an den Hochschulen. In der russischen Bildungspolitik spielen derartige Kennzahlen zur Effizienzbewertung eine wichtige Rolle, aber auch die Qualität der Lehre wird von BildungsökonomInnen als Effizienzkriterium angeführt, wenngleich es nach wie vor an Möglichkeiten mangelt, sie in angemessener Weise ökonomisch abzubilden. Qualität bzw. Qualitätserhöhung in der Ausbildung an den Hochschulen wird u.a. indirekt an einer steigenden Nachfrage nach Studienangeboten an einer bestimmten Hochschule festgemacht, die – so die Annahme – auf ein qualitativ hochwertiges Studienangebot (im Vergleich zu anderen Hochschulen) zurückzuführen sei, oder aber an einer hohen Vermittlungsquote von AbsolventInnen der betreffenden Hochschule auf dem Arbeitsmarkt.

Wenn man mit solchen indirekten Indikatoren operiert, wird der Markt zur Bewertung der Leistungen der Hochschulen herangezogen. Die angestrebte stärkere Marktorientierung der Hochschulen ist aber zugleich auch ein Grund für heftige Kritik und Ablehnung des neuen Finanzierungsmodells seitens der russischen Hochschulen bzw. ihrer Vertreter, die sich grundsätzlich gegen marktwirtschaftliche Verhältnisse in der Hochschulausbildung aussprechen und nach wie vor die Ansicht vertreten, dass das Gut „Bildung“ nicht marktfähig sei und allein der Staat für die Bildung (auch die höhere) seiner BürgerInnen aufzukommen habe. Die Kontroverse um die Ein-

---

<sup>30</sup> Um verallgemeinernde Schlussfolgerungen aus der Erprobung des Modells ziehen zu können, sollte man die generelle Kontextabhängigkeit der Bildungsfinanzierung unbedingt berücksichtigen. Dazu gehören hier die spezifischen Bedingungen eines Landes und Hochschulsystems wie das der RF – angefangen bei der territorialen Größe bis hin zum Hochschulzugang über das erwähnte Prüfverfahren.

führung der EGE – gekoppelt an das GIFO – ist im wesentlichen zu sehen als eine Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer Konzeption, die den Staat in einer paternalistischen Verantwortung für die Bildung seiner Bürger sehen und den Anhängern einer liberalen Bildungskonzeption, die auf Marktelemente in der Bildung setzen. Personifiziert werden erstere vor allem durch Repräsentanten der russischen Hochschulen, die das Verfahren (zur Zeit noch mehrheitlich) ablehnen, und letztere durch Vertreter des Bildungsministeriums, das die Modernisierungskonzeption für das gesamte Bildungswesen erarbeitet hat und diese vehement gegen den Widerstand der Hochschulen verteidigt. Das Ministerium beruft sich dabei vor allem auf das Argument, dass es als Hauptfinanzier ein legitimes Interesse an einem effizienten Einsatz der von ihm bereitgestellten Mittel hat. Solange die Hochschulen den Nachweis dafür gegenüber der Regierung und Öffentlichkeit nicht in entsprechender Form erbringen (können), dürfte das Ministerium als Geldgeber seine Interessen eher durchsetzen können.

### *Neue Finanzierungsmechanismen = Garant für Chancengleichheit?*

Auch in Russland gilt es – ähnlich wie in Deutschland und vielen anderen Ländern – „als ausgemacht, dass sich soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit beim Hochschulzugang nur realisieren lassen, wenn das Studium ‚nichts kostet‘, genauer: von Studiengebühren frei ist“. (Ehmann 2001: 73) Andererseits musste man aber zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland feststellen, dass die Abschaffung der Studiengebühren im Jahr 1970 nicht zu der erwarteten Steigerung in der Bildungspartizipation der unteren sozialen Schichten geführt hat (ebd.: 82). Im Gegenteil: Untersuchungen zum Beispiel an der Privatuniversität Witten-Herdecke haben gezeigt, dass sich dort trotz der zahlender Studiengebühren die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft gegenüber staatlichen Einrichtungen (ohne Studiengebühren) kaum verändert hat.

Nach wie vor gelten staatliche Hochschulen in Russland heute – im Vergleich zu sowjetischen Zeiten, da es keine private Konkurrenz gab – vielleicht noch mehr als Garanten der Chancengleichheit. Die vorherrschende Meinung ist, dass durch die öffentliche Bereitstellung von Bildungsangeboten ein höheres Maß an Chancengleichheit erreicht wird. Die Tatsache hingegen, dass gebührenpflichtige Angebote nicht nur an privaten Hochschulen in der RF, sondern auch zunehmend in beträchtlichem Umfang an staatlichen Einrichtungen angeboten werden, diskreditieren dieses Image der staatlichen Einrichtungen in den Augen vieler BürgerInnen des Landes. Dabei geht es inzwischen nicht mehr nur um die vollständig gebührenpflichtigen Studienplätze, sondern vor allem auch um die staatlich finanzierten Studienplätze, die von den GIFO-InhaberInnen der unteren Kategorien künftig anteilig selbst mitzufinanzieren sind. Dies wird mehrheitlich als Einführung versteckter Studiengebühren angesehen. Allein mit der Forderung nach einem für die Studierenden kostenfreien Studium (nach dem ehemals sowjetischen Vorbild) mag zwar – oberflächlich betrachtet – soziale Gerechtigkeit herzustellen sein, diese würde aber unweigerlich zu Lasten der Qualität der Hochschulausbildung gehen, da unter den Bedingungen wachsender Bildungsbeteiligung und kostenintensiver Hochschulbildung in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts der Staat allein nicht mehr die dafür notwendigen (höheren) Mittel bereitstellen kann.

Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit, die mit dem GIFO angestrebt werden, könnten eher garantiert werden, wenn man bei der Berechnung der Höhe des GIFO nicht nur die Lernleistung der AbiturientInnen zugrunde legt, sondern auch die Einkommensverhältnisse der betreffenden Familien berücksichtigt. Dies erscheint in einer Gesellschaft wie der russischen um so mehr von Bedeutung zu sein, da sich seit Beginn der Transformation ein starkes soziales Gefälle entwickelt hat und die Prognosen für die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der russischen Bevölkerung in den kommenden Jahren nur sehr geringe Zuwachsraten erwarten lassen. Aus dieser Sicht sind trotz einer relativ hohen Investitionsbereitschaft in die Bildung unter der russischen Bevölkerung solche Annahmen wenig realistisch, die davon ausgehen, dass bis zum Jahre 2010 ca. ein Drittel der Finanzmittel für Bildungszwecke aus den Privathaushalten aufgebracht werden könnte und die anderen beiden Drittel jeweils vom Staat und den Arbeitgebern (vgl. Obščestvo obrazovanie. „Chvatit finansirovat’ steny” 02.12.02).

Die Erfahrungen aus der Erprobungsphase des GIFO zeigen, dass es als Instrument geeignet sein kann, die institutionelle Finanzierung von Hochschulbildung<sup>31</sup> so zu verändern, dass neue Anreize für die Hochschulen gesetzt werden, gezielt Mittel aus dem Haushalt über qualitativ hochwertige Studienangebote und wachsende Studierendenzahlen einzuwerben und auf diese Weise auch mehr Transparenz hinsichtlich der Mittelverwendung aus dem Haushalt zu schaffen. Ob dies zu einem effizienteren Mitteleinsatz an den Hochschulen führen wird, bleibt – wie bereits gesagt – zunächst abzuwarten. Der Hoffnung, dass mit dem GIFO die Chancengleichheit hinsichtlich der Partizipation an höherer Bildung größer wird, kann zunächst nur pro forma entsprochen werden: Durch das Erbringen einer bestimmten Lernleistung steht den AbiturientInnen der Zugang zur Hochschule zwar offen, und der Staat garantiert ihnen, die institutionellen Kosten für das Studium ganz oder aber zu einem bestimmten Prozentsatz zu übernehmen. Die Kosten, die darüber hinaus entstehen, d.h., die individuellen Studienkosten, zu denen auch die bei den meisten GIFO-Kategorien anfallenden Zuzahlungen zu den institutionellen Kosten gehören, gehen zu Lasten der Studierenden. Das vorgeschlagene Modell berücksichtigt dabei nicht, dass für eine Studienentscheidung gerade diese Kosten von ausschlaggebender Bedeutung sind und unter den heutigen schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen in der russischen Gesellschaft nicht nur der Zugang zu höherer Bildung Chancengleichheit determiniert, sondern ebenso die individuellen Möglichkeiten der StudienbewerberInnen, den vom Staat gewährten (bzw. garantierten) Zugang tatsächlich in Form eines mehrjährigen Hochschulstudiums zu nutzen, bei dem eben nicht nur institutionelle Kosten in erheblichem Umfang anfallen, sondern auch in der Summe beträchtliche individuelle Ausgaben notwendig werden. Aber gerade diese sind der Ursprung für neue bzw. andere Ungleichheiten, da unter diesen Bedingungen die Studienentscheidung aufgrund der zu erwartenden individuellen Kosten negativ oder zugunsten eines „Billigangebots“ von minderer

---

<sup>31</sup> BildungsökonomInnen unterscheiden zwischen den *institutionellen* Kosten für ein Hochschulstudium, die alle Ausgaben für die Lehre an einer Universität umfassen, und den *individuellen* Kosten, die von den Studierenden aufzubringen sind, um ein Hochschulstudium zu absolvieren (wie z. B. Lebenshaltungskosten während des Studiums) Teilweise werden diese Kosten durch Subventionen der öffentlichen Hand gedeckt (z.B. durch Stipendien, Steuerfreibeträge, Kinderfreibeträge). (vgl. InvestiF und GefoS 1999 und Storn/Wohlfahrt 1999)

Ausbildungsqualität ausfallen kann. In dieser Beziehung greift das GIFO zu kurz, da es lediglich die institutionellen Kosten eines Studiums berücksichtigt, nicht aber die individuellen Kosten als eine wichtige Determinante für Chancengleichheit.

Bildungsbeteiligung ist ein anerkanntes Kriterium für Chancengleichheit. In der internationalen Literatur wird sie daran gemessen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit eines Übertritts in eine höhere Bildungsstufe von Merkmalen wie z.B. der Schichtzugehörigkeit abhängt (vgl. Sturm/Wohlfahrt 1999). Ziel der gegenwärtigen russischen Politik ist es, in Zukunft die Partizipation von Kindern aus einkommensschwachen Schichten an höherer Bildung zu steigern, die derzeit (und entsprechenden Prognosen zufolge auch in naher Zukunft) einen Großteil der russischen Bevölkerung ausmachen (werden). Chancengleichheit kann mit dem GIFO in der aktuellen Form nicht erreicht werden, da damit zwar zu einem gewissen Teil die institutionellen Kosten eines Hochschulstudiums gedeckt werden können, aber nicht die persönlich zu leistenden Kosten, die sich (über die individuellen hinaus) durch die notwendigen (teilweise erheblichen) Zuzahlungen bei einzelnen GIFO-Kategorien noch erhöhen werden. In der Folge entstehen unweigerlich neue Ungerechtigkeiten. Sollte das Modell in seiner Form flächendeckend eingeführt werden, wird es künftig an staatlichen Hochschulen des Landes 3 Kategorien von Studierenden geben in Abhängigkeit von den Finanzierungsmodalitäten des Studiums:

- a) Studierende, für deren Studium bzw. institutionelle Kosten des Studiums der Staat vollständig aufkommt: Dazu werden GIFO-Inhaber der höchsten Kategorie sowie alle anderen gehören, die aus bestimmten Gründen nach dem Gesetz von Zahlungen befreit sind – Waisen, Behinderte, die sogenannten „Medalisten“ (AbiturientInnen mit dem Prädikat „Auszeichnung“, deren „Vermehrung“ in den letzten Jahren sehr kritisch gesehen wird), Sieger von „Lern-Olympiaden“ u.a.;
- b) Studierende, deren Studium anteilig vom Staat finanziert wird und die entsprechend der Dotierung ihrer GIFO-Kategorie individuelle Zuzahlungen zu leisten haben;
- c) Studierende, die die gesamten Kosten ihres Studiums selbst tragen.

Mit dieser Unterteilung in verschiedene Studierendenkategorien versucht man der verfassungsmäßig verankerten staatlichen Garantie auf eine Hochschulausbildung unter den veränderten schwierigen ökonomischen Bedingungen in der russischen Gesellschaft gerecht zu werden – grundsätzlich sind alle, die ein Hochschulstudium anstreben, zugangsberechtigt. Nur kann der Staat nicht mehr allen (wie zu Sowjetzeiten) ein (vollständig) kostenfreies Studium – wie es ebenfalls im Artikel 43/Punkt 3 der Verfassung aus dem Jahr 1993 heißt – zusichern. Aus dieser Perspektive gesehen scheint die von Hochschulvertretern angemahnte Verfassungsänderung unumgänglich zu sein.

Mit dem neuen Finanzierungsmodell für die Hochschulbildung hat Russland einen Weg eingeschlagen, der den notwendigen und seit längerem stagnierenden Reformen im Bildungsbereich neue Impulse geben soll. Rückblickend auf die 1990er Jahre, scheint sich abzuzeichnen, dass das Land im zweiten Jahrzehnt der Transformation für die Entwicklung seiner Hochschulen und die Finanzierung von Hochschulbildung nach einem eigenen Weg sucht, der „jenseits der alten sowjetischen und der fremden westlichen Muster“ (vgl. Hartmann/Teichmann 2003) liegt.

## Literatur

- A vuz i nyne tam (Und die Hochschule ist auch heute dort). In: Nezavisimaja gazeta (Moskva) 20.12.02. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 20.12.2002)
- Balašov, G. V./Vinogradov, N. M. (1996): Transformacija ekonomičeskogo mehanizma vysšej školy v sovremennyh uslovijach (Die Transformation des Wirtschaftsmechanismus der Hochschule unter modernen Bedingungen). Sankt Peterburg
- Berryman, Sue E. (2000): Hidden Challenges to Education Systems in Transition Economies, The World Bank Europe and Central Asia Region Human Development Sector. Washington D.C.
- Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2001. Paris
- Biznes gotovit sebe smenu (Die Geschäftswelt bildet die Ablösung für sich selbst aus). In: Argumenty i fakty 23.07.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff: 23.07.2003)
- Bjud etnoe Poslanie Prezidenta: zadači, postavlennye pered obrazovaniem (Die Haushaltsbotschaft des Präsidenten: Aufgaben, die vor dem Bildungswesen stehen). <http://vestnik.edu.ru/min14.html> (Zugriff am 28.07.03)
- Bulgakova, Natalija (2003): Pravo pervoj pravki (Das Recht der ersten Korrektur). In: Poisk 19.05.2003. <http://www.courier.com.ru/cour0305/2900.htm> (Zugriff am 23.07.03)
- Bodenhöfer, Hans-Joachim (2000): Hochschulreform – Eine institutionenökonomische Perspektive. In: Weiß, Manfred/Weishaupt, Horst: Bildungsökonomie und Neue Steuerung (= Beiträge zur Bildungsplanung und Bildungsökonomie; 9). Frankfurt/M., S. 115-131
- Čto proischodit s rossijskim obrazovaniem? (Was passiert mit der russischen Bildung?). In: Polit.Ru 14.10.2002. <http://www.polit.ru/documents/509271.htm> (Zugriff am 13.11.2002)
- Dahrendorf, Ralph (2000): Universities after Communism. Hamburg
- Dohmen, Dieter (2002): Gebühren, Studienkonten und Bildungsgutscheine – die deutsche Diskussion im Überblick. In: Das Hochschulwesen 5/2002, S. 172-178
- Ehmann, Christoph (2001): Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit. Vom Kindergarten bis zur Weiterbildung. Bielefeld
- EGE i GIFO: eksperiment prodol aetsja (EGE und GIFO: das Experiment wird fortgesetzt). <http://vestnik.edu.ru/min11.html> (Zugriff am 28.07.03)
- Filippov, Vladimir (2000): Istoičeskij šans na obnovlenie (Eine historische Chance zur Erneuerung). In: Alma mater 12/2000, S. 12-15
- Filippov, Vladimir (2001): Vysšaja škola Rossii pered vysovami XXI veka (Die Hochschule Russlands vor den Herausforderungen des XXI. Jahrhunderts). In: Vysšee obrazovanie v Rossii 1/2001, S. 5-15
- Galagan, Andrej I. (1999): Svravnitel'naja charakteristika principov obrazovatel'noj politiki Rossii i nekotorych zarube nych stran (Eine vergleichende Charakteristik der Prinzipien der Bildungspolitik Russlands und einiger anderer Länder). In: Sozial'no-gumanitarnye znanija 3/1999, S. 186-205
- Gesetz der Föderation vom 22. August 1996, Nr. 125-F3 „Über die höhere und postgraduale berufliche Bildung“, Novellierung vom 10.07., 07.08., 27.12.2000, 30.12.2001, 25.06.2002, 10.01., 05.04., 07.07.2003, angenommen von der Staatsduma am 19. Juli 1996, gebilligt vom Föderationsrat am 7. August 1996. <http://www.edu.ru/legal/public/default.asp?no=35916>
- Gordost' nacji: Rossija terjaet obrazovanie (Der Stolz der Nation: Russland verliert die Bildung). In: Vedomosti 01.09.03, <http://www.informika.ru> (Zugriff am 02.09.2003)
- Hare, Paul (Hg.)(1997): Structure and Financing of Higher Education in Russia, Ukraine and the EU (= Higher Education Policy Series 41)
- Hartmann, Anne/Teichmann, Christine (2003): Neubeginn und Altlasten. Antithetische Anmerkungen zur russischen Hochschullandschaft, ersch. in: Jahrbuch der Universitätsgeschichte 4/2003
- Hein, Eckhard/Pasternack, Peer (1998): Effizienz und Legitimität. Zur Übertragbarkeit marktwirtschaftlicher Anreiz- und Steuerungsmechanismen auf den Hochschulsektor. In: Das Hochschulwesen 3/1998, S. 141-146
- Henze, Jürgen (2003): Ergebnisse der Transformationsforschung zum Wandel von Bildungssystemen in Übergangsgesellschaften. In: Tertium Comparationis 1/2003, vol. 9, S. 67-80

- InvestiF und GefoS. Modelle der individuellen und institutionellen Bildungsfinanzierung im Hochschulbereich. Februar 1999. Centrum für Hochschulentwicklung/Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
- Klikunov, N./Okorokova, G. (2002): GIFO: Pljusy i minusy (GIFO: Plus und Minus). In: *Vysšee obrazovanie v Rossii* 2/2002, S.37-42
- Kljačko, Tat'jana (2002): Modernizacija rossijskogo obrazovanija: problemy i rešenija (Die Modernisierung des russischen Bildungswesens: Probleme und Lösungen). In: *Otečestvennye zapiski*, Nr.2, S. 48-55. [http://www.strana-oz.ru/numbers/2002\\_02/2002\\_02\\_06-pr.html](http://www.strana-oz.ru/numbers/2002_02/2002_02_06-pr.html) (Zugriff am 31.07.2002)
- Koncepcija modernizacii rossijskogo obrazovanija na period do 2010 goda (Konzeption für die Modernisierung des russischen Bildungswesens für den Zeitraum bis zum Jahr 2010). <http://www.informika.ru/text/goscom/curdoc/393.html> (Zugriff am 18.06.2003)
- Kouptsov, Oleg/Tatur, Yuri (2001): *Quality Assurance in Higher Education in the Russian Federation* (= Papers on Higher Education). CEPES/UNESCO Bucharest
- Kuebart, Friedrich (2002): *Von der Perestrojka zur Transformation. Berufsausbildung und Hochschulwesen in Russland und Ostmitteleuropa*. Leipzig
- Kwiek, Marek (2003): *The State, the Market, and Higher Education. Challenges for the New Century*. In: Kwiek, Marek (ed.): *The University, Globalization, Central Europe*. Frankfurt/M., S. 71-113
- Lukašenko, M. (2003): *Rynok obrazovatel'nych uslug: desjat' let spustja* (Der Markt für Bildungsdienstleistungen: zehn Jahre später). In: *Vysšee obrazovanie v Rossii* 1/2003, S.40-52
- Matvienko, V. (2001): *Obrazovatel'naja politika Rossii na sovremennom etape* (Die Bildungspolitik Russlands in der gegenwärtigen Etappe). In: *Alma mater* 9/2001, S. 17-21
- Mayntz, Renate/Schimank, Uwe/Weingart, Peter (Hg.) (1995): *Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme*. Länderberichte. Opladen
- Mel'nikova, Irina (2003): *Škola vy ivanija* (Schule des Überlebens). In: *Itogi.ru* 13.02.2003. <http://www.courier.com.ru/cour0302/2200.htm> (Zugriff am 24.06.2003)
- Ministerstvo obrazovanija Rossijskoj Federacii (Ministerium für Bildungswesen der Russischen Föderation). In: *Poisk* 18.04.2003. <http://www.courier.com.ru/cour0305/800.htm> (Zugriff am 23.07.2003)
- Ministerstvo obrazovanija Rossijskoj Federacii (Ministerium für Bildungswesen der Russischen Föderation), *Prikaz ot* (Anordnung vom) 13.02.2002, N°440. [http://modern.ed.gov.ru/common/data/pub/files/articles/1730/pr\\_440.doc](http://modern.ed.gov.ru/common/data/pub/files/articles/1730/pr_440.doc)
- Moskva sdalas' s ekzamenom (Moskau hat bei der Prüfung aufgegeben). In: *Vremja novostej* 29.08.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 02.09.2003)
- Na goskzamenach pojavilas' novaja ozenka (Bei den staatlichen Prüfungen gibt es eine neue Bewertung). In: *Kommersant DAILY* 25.06.03. <http://www.informika.ru/text/new/press/25-06html> (Zugriff am 25.06.2003)
- Obrazovanie v Rossijskoj Federacii. Kratkij statističeskij spravočnik*. Pod redakciej akademika Ja. Savel'eva (Bildung in der Russischen Föderation. Kleines statistisches Handbuch. Redaktion: Akadmiemitglied Ja. Saveljev), Ministerstvo obrazovanija Rossijskoj Federacii, Naučno-issledovatel'skij institut vysšego obrazovanija (Bildungsministerium der Russischen Föderation, Wissenschaftliches Institut für Hochschulforschung). Moskva 1999
- Obščestvennoe vyše častnogo? Vozro daetsja zelevoj nabor v vuzy (Gesellschaftliches steht über dem Privaten? Die zielgerichtete Hochschulaufnahme wird wiedergeboren). In: *Rossijskaja gazeta* 06.08.03. <http://www.courier.com.ru/cour0389/2700.htm> (Zugriff am 30.08.2003)
- Obščestvo obrazovanie. „Chvatit finansirovat' steny“ (Die Bildungsgesellschaft. „Es reicht, die Wände zu finanzieren“). In: *Ekspert. Severo-Zapad* (Moskva) 02.12.02. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 02.12.2002)
- Opjat' dvojka. Ka dyj sed'moj vypusnik zavalil EGE (Wieder eine Vier. Jeder siebte Schulabgänger „kippt“ die EGE). In: *Moskovskij komsomolec* 21.06.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 23.06.2003)
- Osvovnye itogi raboty sistemy obrazovanija v 2002 godu po realizacii koncepczii modernizacii rossijskogo obrazovanija na period do 2010 goda. Analitičeskij doklad (Grundlegende Bilanz der Arbeit des Bildungssystems im Jahr 2002 bei der Umsetzung der Konzeption zur Modernisierung des russischen Bildungswesens für den Zeitraum bis zum Jahr 2010. Analytischer Bericht). Moskva 2003. <http://modern.ed.gov.ru/Themes/basic/materials-document.asp?folder=1434&matID=1848>
- Otrabotaj svoj diplom (Arbeite dein Diplom ab). In: *Trud* 12.07.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 14.07.2003)
- Perechod na finansirovanie učre denija vysšego professional'nogo obrazovanija na osnove gosudarstvennych imennych finansovyh objazatel'stv (Übergang zu einer Finanzierung der Einrichtungen der höheren beruflichen Bildung auf der Grundlage von staatlichen personengebundenen Finanzbeihilfen). <http://modern.ed.gov.ru/common/data/pub/files/articles/1731/sprav1.doc> (Zugriff am 18.06.03)

- Provincija okkupiruet Moskvu (Die Provinz okkupiert Moskau). In: Rossijskaja naučnaja gazeta 30.07.2003. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 01.08.2003)
- „Pust’ otdychajut ... na Solovkach“ (Sollen Sie sich doch ... auf Solovki erholen). In: Izvestija 04.07.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 07.07.2003)
- Putevka v vuz (Die Reise zur Hochschule). In: Trud 30.05.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 15.06.2003)
- Putin, Vladimir (2003): Delo gosudarstvennyj va nosti (Eine Angelegenheit von staatlicher Bedeutung). In: Vysšee obrazovanie v Rossii 1/2003, S. 5-10
- Rešenje kollegii Ministerstvo obrazovanija Rossijskoj Federacii N°20 ot 13.12.2000 (Beschluss des Kollegiums des Bildungsministeriums der Russischen Föderation). <http://www.informika.ru/text/goscom/struk/kolleg/resh/00/12/20.html> (Zugriff am 24.04.2001)
- Sadovničij, Viktor (2003): Tradicii i sovremennost’ (Traditionen und die Gegenwart). In: Vysšee obrazovanie v Rossii 1/2003, S. 11-18 (s.auch <http://www.rsr.msu.ru/russian/2002/06-12-02-sadovn.html>)
- Samyj dorgoj diplom – v Rossii? (Das teuerste Diplom bekommt man in Russland?). In: E enedel’nik Rossijskaja Gazeta 30.05.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 15.06.2003)
- Savel’jev, Aleksandr Ja. (2001): Vysšee obrazovanie: sostojanie i problemy razvitija (Das Hochschulwesen: Stand und Probleme der Entwicklung). Moskva
- Sbornik dokumentov, kasajuščichsja me dunarodnych aspektov vysšego obrazovanija (Sammelband mit Dokumenten zu internationalen Aspekten der höheren Bildung) (2000). Sankt Peterburg
- Scott, Peter (2000): Higher Education in Central and Eastern Europe: An Analytical Report, in: Ten Years After and Looking Ahead: A Review of the Transformations of Higher Education in Central and Eastern Europe (=Studies on Higher Education). CEPES/UNESCO. Bucharest, S. 341-407
- Segodnja – poslednij zvonok. On prozvučit dlja 1 mln 300 tys. vypusnikov (Heute ist der Tag des letzten Klingelzeichens. Es ertönt für 1.300.000 Schulabgänger). In: Vremja MN 24.05.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 26.05.2003)
- Skol’ko platit’ za učobu – rešaet vuz (Wieviel für das Studium zu zahlen ist, entscheidet die Hochschule). In: Komsomol’skaja pravda 25.07.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 11.08.2003)
- Smolin, Oleg (2002): Zakonodatel’noe regulirovanie ekonomiki obrazovanija kak ideologičeskaja problema (Gesetzliche Regulierung der Bildungsökonomie als ideologisches Problem). In: Alma mater 2/2002. Moskva, S.3-9
- Solov’eva, Marija (2003): Minus PTU, in: itogi.ru, 26.05.2003. <http://www.courier.com.ru/cour0367/300.htm> (Zugriff am 23.07.2003)
- Sturn, Richard/Wohlfahrt, Gerhard (Hg.)(1999): Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen (= Juristische Schriftenreihe; 46). Wien
- Teichmann, Christine (2001): Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation (= HoF Arbeitsberichte 4’01). Wittenberg
- Teichmann, Christine (2001): Reform oder Modernisierung? Anmerkungen zur aktuellen Bildungskonzeption der Russischen Föderation aus der Perspektive des Hochschulwesens. Unveröff. Ms. HoF Wittenberg
- Učit’sja v vuzach smogut tol’ko bogači? (Können nur die Reichen an den Hochschulen studieren?). In: Moskovskij komsomolec 15.04.03. <http://www.informika.ru/text/new/press/15-04.html> (Zugriff am 15.04.2003)
- Veduščie vuzy strany otčajanno vozra ajut protiv edinogo gosekzamina (Führende Hochschulen sprechen sich verzweifelt gegen die einheitliche staatliche Prüfung aus). In: Konservator 28.02.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 28.02.2003)
- Vstupitel’nye ekzameny: moj dorogoj vuz (Hochschulaufnahmeprüfungen: meine teure Hochschule). In: Argumenty i fakty 23.07.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 23.07.2003)
- Vysšaja škola. MGU – za vozvraščenje tradicii (Die Hochschule MGU – für eine Rückkehr zu den Traditionen). In: Moskovskaja pravda 12.05.01. <http://www.informika.ru/text/new/press/14-05.html> (Zugriff am 14.04.2001)
- Vysšee i srednee professional’noe obrazovanie v Rossijskoj Federacii. Statističeskij spravočnik (Höhere und mittlere berufliche Bildung in der Russischen Föderation) (2001). Moskva
- Weiß, Manfred (1999): Bildungsfinanzierung im internationalen Vergleich. In: v. Rosenblatt, Bernhard (Hg.): Bildung in der Wissensgesellschaft: ein Werkstattbericht zum Reformbedarf im Bildungssystem (= Schnittpunkte von Forschung und Politik 1). Münster/New York/München/Berlin, S. 151-163
- Weiß, Manfred (2000): Vier Jahrzehnte Bildungsökonomie: Rückblick und Ausblick – Einführung in den Tagungsband. In: Weiß, Manfred/Weishaupt, Horst: Bildungsökonomie und Neue Steuerung (= Beiträge zur Bildungsplanung und Bildungsökonomie 9). Frankfurt/M., S. 9-17

- Začet po ekonomike (Prüfung im Sparen). In: Vremja Novostej 27.02.03. <http://www.informika.ru> (Zugriff am 27.02.2003)
- Zdorov'e studenta i vuza (Die Gesundheit des Studierenden und der Hochschule). In: Literaturnja gazeta 26.02.-04.03.2003, N°8(5913), S.13
- Zverev, Anton (2003): ČEKisty vychdjat iz teni. Počemu eksperiment s immenymi obrazovatel'nymi čekami vyzyvaet stol'ko voprosov (Die „Scheckinhaber“ treten aus dem Schatten. Warum das Experiment mit den personengebundenen Bildungsgutscheinen so viel Fragen aufwirft). In: Rossijskaja gazeta 26.03.03. <http://www.courier.com.ru/cour0304/3400.htm> (Zugriff am 24.06.2003)



# HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung

## Das Institut

HoF Wittenberg ist das einzige Institut, das in den ostdeutschen Bundesländern Forschung über Hochschulen betreibt. Daraus ergeben sich besondere Projekt- und Anwendungsbezüge; gleichwohl beschränkt sich das Institut nicht auf die Untersuchung regionaler Entwicklungen.

1996 gegründet, knüpft HoF Wittenberg an eine Vorgängereinrichtung an: Die "Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst" hatte von 1991 bis 1996 die Neustrukturierung des ostdeutschen Hochschulwesens analysierend und dokumentierend begleitet.

Das Institut für Hochschulforschung Wittenberg wird gemeinsam vom Bund und vom Land Sachsen-Anhalt getragen. Es ist als An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert.

Am HoF arbeiten derzeit 17 Wissenschaftler(innen), unterstützt von zwei Bibliothekarinnen und zwei Verwaltungsangestellten. Geleitet wird das Institut von Prof. Dr. Reinhard Kreckel.

## Das Programm

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung. Hierzu erhebt HoF Wittenberg Daten, entwickelt theoretische Ansätze, stellt Informationen zur Verfügung, erarbeitet Prognosen, bietet Planungshilfen an und begleitet Hochschulreformprojekte. Das Institut betreibt sowohl Grundlagen- und historische Forschung als auch anwendungsorientierte Forschung sowie Projekte im Service- und Transfer-Bereich.

Vier Themenschwerpunkte strukturieren das Programm inhaltlich:

- Qualität,
- Steuerung,
- Transformation und
- Wissenschaftsinformation.

## Die Projekte

Die laufenden Forschungsprojekte befassen sich mit:

- Universitäten im Kräftefeld Staat – Markt – Autonomie
- Zielvereinbarungen, Hochschulverträge und Hochschulsteuerung
- Organisationsreform an Hochschulen
- Qualität als Hochschulpolitik
- Qualifizierung des Hochschuleingangs
- Übergang von der Hochschule in den Beruf
- Qualifizierungs- und Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Geschlechterverhältnisse und Gender Mainstreaming an Hochschulen
- Regionale Nachfrage nach Hochschulbildung
- Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1994
- Hochschulexpansion in 20. Jahrhundert
- Hochschulgeschichte der DDR und des früheren Ostblocks
- Hochschulentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten

- Erfassung und Aufbereitung von Hochschulstrukturdaten
- Hochschulbildungsfinanzierung unter Bedingungen von Transformation und Globalisierung
- DDR-Geschichte in den Lehrprogrammen deutscher Hochschulen
- Informations-Dokumentations-System Hochschule/Hochschulforschung

## Publikationen

HoF Wittenberg gibt die Buchreihe *Wittenberger Hochschulforschung* heraus. Das Institut publiziert die Zeitschrift *die hochschule. journal für wissenschaft und bildung* (vormals *hochschule ost*). Ferner informiert der Instituts-Newsletter *HoF-Berichterstatter* zweimal im Jahr über die Arbeit am HoF. Projektergebnisse und Tagungsdokumentationen werden u.a. in den *HoF-Arbeitsberichten* veröffentlicht.

Zahlreiche der Publikationen können auch von den Internetseiten des Instituts herunter geladen werden:  
<http://www.hof.uni-halle.de>

## Wissenschaftsinformation

HoF Wittenberg verfügt über eine Spezialbibliothek mit etwa 50.000 Bänden und ca. 180 Zeitschriften. Die Neuerwerbungen konzentrieren sich auf die Kernbereiche der Hochschulforschung sowie Fragen der Hochschultransformation in Ostdeutschland und Osteuropa. Als Besonderheit existiert eine umfangreiche Sammlung zum DDR-Hochschulwesen und zu den Hochschulsystemen der osteuropäischen Staaten, die aus den Beständen des früheren Zentralinstituts für Hochschulbildung (ZHB/DDR) Berlin übernommen wurde. Alle Titel der Spezialbibliothek sind über Literaturdatenbanken recherchierbar.

Im Aufbau befindet sich ein integriertes Informations-Dokumentations-System zu Hochschule und Hochschulforschung, durch das künftig wissenschaftliche Erkenntnisse, laufende Projekte, Veranstaltungen sowie Institutionen, Experten und Links über das Internet rationell abgerufen werden können (URL: <http://ids.hof.uni-halle.de>). Das Projekt wird von der Volkswagenstiftung gefördert. An diesem Vorhaben sind zahlreiche Partner aus Hochschulen, hochschulforschenden Einrichtungen, Fachbibliotheken und Fachinformationseinrichtungen beteiligt.

## Der Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg steht im Zusammenhang mit der Neubelebung des Universitätsstandorts. 1502 wurde die „Leucorea“, die Wittenberger Universität, gegründet. Nach mehr als 300 Jahren wurde 1817 durch die Vereinigung mit der Universität in Halle der Standort aufgegeben. In Anknüpfung an die historische „Leucorea“ ist 1994 eine gleichnamige Universitätsstiftung errichtet worden. Deren Räumlichkeiten beherbergen neben HoF Wittenberg weitere sieben wissenschaftliche Einrichtungen.

## Bislang erschienene Arbeitsberichte:

- 1'97 Jahn, Heidrun: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches*, 22 S.
- 2'97 Lischka, Irene: *Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten*, 33 S.
- 3'97 Buck-Bechler, Gertraude: *Zur Arbeit mit Lehrberichten*, 17 S.
- 4'97 Lischka, Irene: *Verbesserung der Voraussetzungen für die Studienwahl. Situation in der Bundesrepublik Deutschland*, 15 S.
- 5'97 Burkhardt, Anke: *Stellen und Personalbestand an ost-deutschen Hochschulen 1995. Datenreport*, 49 S.
- 1'98 Jahn, Heidrun: *Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 40 S.
- 2'98 Lewin, Dirk: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse*, 44 S.
- 3'98 Jahn, Heidrun: *Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Sachstands- und Problemanalyse*, 38 S.
- 4'98 Pasternack, Peer: *Effizienz, Effektivität & Legitimität. Die deutsche Hochschulreformdebatte am Ende der 90er Jahre*, 30 S.
- 5'98 Lischka, Irene: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten*, 43 S.
- 1'99 Buck-Bechler, Gertraude: *Hochschule und Region. Königskinder oder Partner?*, 65 S.
- 2'99 Pasternack, Peer: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990-1998*, 81 S., ISBN 3-9806701-0-4, €12,50.
- 3'99 Lewin, Dirk: *Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements*, 61 S.
- 4'99 Jahn, Heidrun: *Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung*, 35 S.
- 5'99 Lischka, Irene: *Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt*, 104 S.
- 6'99 Jahn, Heidrun / Kreckel, Reinhard: *Bachelor- und Masterstudiengänge in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie. International vergleichende Studie*, 72 S.
- 7'99 Alesi, Bettina: *Lebenslanges Lernen und Hochschulen in Deutschland. Literaturbericht und annotierte Bibliographie (1990 – 1999) zur Entwicklung und aktuellen Situation*. In Kooperation mit Barbara M. Kehm und Irene Lischka, 67 S., ISBN 3-9806701-1-2, €7,50.
- 1'00 Jahn, Heidrun: *Bachelor und Master in der Erprobungsphase. Chancen, Probleme, fachspezifische Lösungen*, 65 S.
- 2'00 Burkhardt, Anke: *Militär- und Polizeihochschulen in der DDR. Wissenschaftliche Dokumentation*, 182 S., ISBN 3-9806701-2-0, €12,50.
- 3'00 Lewin, Dirk: *Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht*, 127 S.
- 4'00 Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/HoF Wittenberg (Hg.): *Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg*, 83 S., ISBN 3-9806701-3-9, €7,50.
- 5'00 Lischka, Irene: *Lebenslanges Lernen und Hochschulbildung. Zur Situation an ausgewählten Universitäten*, 75 S.
- 1'01 Pasternack, Peer: *Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994*, 45 S.
- 2'01 Olbertz, Jan-Hendrik/Otto, Hans-Uwe (Hg.): *Qualität von Bildung. Vier Perspektiven*, 127 S., ISBN 3-9806701-4-7, €5,-.
- 3'01 Jahn, Heidrun: *Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 58 S.
- 4'01 Teichmann, Christine: *Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation*, 51 S.
- 5'01 Pasternack, Peer: *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Unt. Mitarb. v. Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze, 131 S., ISBN 3-9806701-5-5, €5,-.
- 1'02 Kreckel, Reinhard/Pasternack, Peer: *Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996-2001*, 79 S.
- 2'02 Kreckel, Reinhard/Lewin, Dirk: *Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt*, 42 S.
- 3'02 Lischka, Irene: *Erwartungen an den Übergang in den Beruf und hochschulische Erfahrungen. Studierende der BWL an zwei Fachhochschulen in alten/neuen Bundesländern*, 93 S.
- 4'02 Friedrich, Hans Rainer: *Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses*, 22 S. ISBN 3-9806701-6-3.
- 5'02 Teichmann, Christine: *Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten*, 42 S.
- 1'03 Reisz, Robert D.: *Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung in Rumänien zwischen 1990 und 2000*, 42 S.
- 2'03 Reisz, Robert D.: *Public Policy for Private Higher Education in Central and Eastern Europe. Conceptual clarifications, statistical evidence, open questions*, 34 S.
- 3'03 Lischka, Irene: *Studierwilligkeit und die Hintergründe – neue und einzelne alte Bundesländer – Juni 2003*, 148 S., ISBN 3-9806701-8-X, €10,-.
- 4'03 Bloch, Roland/Hüttmann, Jens: *Evaluation des Kompetenzzentrums „Frauen für Naturwissenschaft und Technik“ der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns*, 48 S.
- 5'03 Meyer, Hansgünter (Hg.): *Hochschulen in Deutschland: Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003*, 79 S.

Zweimal jährlich erscheinen die wissenschaftliche Zeitschrift des Instituts „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“ sowie der Newsletter „HoF-Berichterstattung“ mit aktuellen Meldungen aus dem Institut.

Beim Beltz Verlag Weinheim/Basel gibt das Institut die Schriftenreihe „Wittenberger Hochschulforschung“ heraus.